

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 8 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckort u. Verwaltung: Prag II, Nerstova 15 • Telef. 20793, 31460, Nachred. (ab 21 Uhr): 33558 • Drucker: 57544

13. Jahrgang.

Freitag, 22. Dezember 1933

Nr. 299.

## Schreckensurteil in Korea

### 22 Kommunisten zum Tode verurteilt

Seoul (Korea), 21. Dezember. Ein Massenprozess gegen Kommunisten endete gestern mit der Verurteilung von 245 Kommunisten. Von ihnen wurden 22 zum Tode verurteilt, 20 zu lebenslangem Gefängnis und 203 zu Gefängnisstrafen von einem bis zu 15 Jahren.

Die Verurteilten hatten an kommunistischen Aufstandsbewegungen in Korea im Jahre 1930 teilgenommen.

## Freispruch Torglers zu erwarten

### Neue Anklage wegen Hochverrats?

London, 21. Dezember. Das Reuters-Büro erfährt aus gut informierten, aber nicht offiziellen Kreisen: Nach dem Urteil vom Leipziger Gericht im Reichstagsbrandstiftungs-Prozess, das Hitler und Goering mitteilt wurde, wird von der Presse zum Tode verurteilt. Torgler und die drei angeklagten Bulgaren würden freigesprochen, doch würde Torgler mit einigen anderen kommunistischen Führern wegen Hochverrats angeklagt werden. Dimitrow, Popow und Tanew würden sofort aus Deutschland ausgewiesen werden, obwohl einige extreme Nationalsozialisten der Ansicht seien, daß man Dimitrow nicht erlauben sollte, das Land lebend zu verlassen. Würde Hitler und Goering den strikten Befehl geben, daß das Urteil des Leipziger Gerichts unbedingt durchgeführt werde.

## Der Londoner Gegenprozess.

London, 21. Dezember. (Reuters.) Der gestern in der Internationalen Juristenkommission, welche sich mit der Untersuchung des Brandes im deutschen Reichstagsgebäude befaßt, unterbreitete Schlußbericht befaßt u. a. daß von der Presse das Reichstagsgebäude absolut nicht als in Brand geraten konnte, daß auf Grund bekannter Tatsachen alles darauf hinweist, daß Nationalsozialisten den Brand vornahmen oder vornehmen ließen, daß sämtliche in diesem Prozesse angeklagten vier Kommunisten unschuldig sind, daß die rückwirkende Wirksamkeit des Gesetzes vom 28. März, welches die Todesstrafe für Brandstifter festsetzt, eine unerhörte Verletzung allgemein anerkannter Grundsätze der Gerechtigkeit wäre und daß schließlich die Verurteilung Torglers zweifellos allgemeinen Protest werden würde.

## Eine Lüge entlarvt

London, 21. Dezember. (Inprek.) Der Untersuchungsamtsschreiber zur Aufklärung des Reichstagsbrandes erhielt von seinem Mitglied, dem amerikanischen Rechtsanwalt Arthur Garfield Hays, der bekanntlich längere Zeit den Verhandlungen im Reichstagsbrandprozeß beiwohnte, folgendes Telegramm aus New York, in dem es heißt: „Die Unterstellung Södermanns, daß ich günstig vom Nationalsozialismus gesprochen hätte, ist eine unerschämte Lüge. Ich sprach im Gegenteil gegen alles, was die Nazis vertreten. Zu der Behauptung Dr. Saks stelle ich fest: Ich würde seiner Kommission beitreten, die gegen Deutschland hebt, bin aber stolz darauf, Mitglied der Untersuchungsamtsschreiber zur Aufklärung des Reichstagsbrandes zu sein, die das Lügengebäude gegen einen unschuldigen Mann entlarven will.“

## Die Rache der Hunnen.

Frankfurt am Main, 21. Dezember. Rechtsanwalt Dr. Thormann, der Verteidiger der Angeklagten im Volksvereinsprozess in München-Gladbach ist, wie das Frankfurter Polizeipräsidium mitteilt, in Schutzhaft genommen worden.

## Deutscher Ausreisefischvermerk aufgehoben.

Berlin, 21. Dezember. (Wolff.) Der Reichsminister des Innern hat den am 4. April 1933 eingeführten Ausreisefischvermerk Zwang für Reichsbangehörige mit Wirkung vom 1. Jänner 1934 aufgehoben.

## Hitler ist hochmütig

### Verkleinerung der SA kommt nicht in Frage

Berlin, 21. Dezember. Eine Anzahl Morgenblätter beschäftigt sich mit den Kombinationen, die in Frankreich an die Reise des Völkerrates Arnal nach Paris geknüpft worden sind.

Der „Völkische Beobachter“ hebt hervor, daß Arnal keinen neuen deutschen Vorschlag mitgenommen hat. Es handele sich vielmehr lediglich um eine sogenannte Puntation, in der die Grundthemen enthalten seien, die in den mündlichen diplomatischen Verhandlungen angeknüpft seien. Die Reichsregierung habe sich bekanntlich in diesen Verhandlungen niemals gebunden, da der ganze Standpunkt sich nur danach richten werde, wie weit die Vertragsmächte ihrer Abrüstungsverpflichtung nachkommen. Es sei natürlich aussichtslos, zu erwarten, daß sich Deutschland wieder an der Konferenz und an den Arbeiten des Völkerverbundes beteilige. Eine internationale Besprechung könne überhaupt erst dann wieder in Frage kommen, wenn sich aus den diplomatischen Verhandlungen eine Vertiefung der Gleichberechtigung Deutschlands in allen Punkten ergeben habe. Selbstverständlich komme eine Verkleinerung der SA nicht in Frage. Wie das Blatt zu wissen glaubt, sei sie auch nicht angeregt worden, wie überhaupt keine ultimativen Forderungen gestellt worden seien.

Die übrigen Blätter schreiben in ähnlichem Sinne.

## Scharfe Absage aus Frankreich

Paris, 21. Dezember. Der Außenausschuß der Kammer und des Senates drängen die Regierung, daß noch vor Ablauf des heurigen Jahres Ministerpräsident Chaumaps und Außenminister Paul-Boncour im Parlamente eine öffentliche Erklärung über den Standpunkt abgeben, welchen die französische Regierung gegenüber den deutschen Forderungen und den deutschen Konferenzen einnehmen wolle. Die Anschauungen sind sehr geteilt und auch in Linkskreisen sprechen sich zahlreiche Radikale gegen direkte Konferenzen und insbesondere gegen die von England angebotene Vermittlung aus. „Le Devoir“ erklärt in Zeitschrift, daß die Forderungen Deutschlands nicht bloß eine französisch-deutsche Angelegenheit, sondern ein gesamteuropäisches Problem sind und daß der beste Boden für ihre Behandlung Genf ist. Die morgige Ankunft Sir John Simons in Paris und seine bevorstehenden Unterredungen mit Paul-Boncour werden mit großem Interesse verfolgt.

## England prüft!

### Hitlers Forderungen nicht ernst

London, 21. Dezember. (Reuters.) Der Sprecher der Opposition Major Atlee, der den erkrankten Führer der Opposition Lansbury vertritt, hielt heute bei der Behandlung des Antrags auf Vertagung des Unterhauses über Weismachen eine Rede über die Fragen der britischen Außenpolitik. Er forderte, die Regierung möge ihren Standpunkt zu einer Aufrüstung, sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien, besonders hinsichtlich der Rüstungen in der Luft, genauer definieren. Die Labour-Party widersetze sich allem, was einer Aufrüstung nur nahekomme. Atlee wünschte weiter zu wissen, ob der Besuch Sir John Simons in Italien mit den Vorschlägen auf Aenderung der Organisation des Völkerverbundes in irgendeinem Zusammenhang stehe, da er diese Vorschläge für ungewöhnlich gefährlich halte.

Dem Führer der Opposition und den übrigen Rednern, die nach ihm sprachen, erwiderte Staatssekretär des Außern Sir John Simon.

Er führte aus: Reichskanzler Hitler habe einige öffentliche Erklärungen abgegeben, die für alle interessierten Staaten von äußerster Wichtigkeit seien, mag man auch von ihrem Inhalte halten was man wolle. Mehrere Abgeordnete unterbrachen bei dieser Stelle den Staatssekretär mit der Frage, ob die Erklärungen Hitlers ernst gemeint seien. Sir John Simon erwiderte, das sei die wichtigste Frage, die man stellen müsse. Bei der Prüfung dieser Erklärungen haben die amtlichen britischen Kreise konstatiert, daß sie mit einigen Gegenständen nicht übereinstimmen, aber die Pflicht der britischen Regierung — erklärte Sir John Simon weiter — war es, die Situation zu klären und festzustellen, welches der Hintergrund dieser Erklärungen Hitlers war. Diese Prüfung sei bisher noch nicht beendet und es wäre daher nicht sehr klug, wenn nicht gar unbesonnen, heute darüber öffentliche Erklärungen abzugeben.

## Chaumaps auch im Senat siegreich.

Paris, 21. Dezember. (Havas.) Der Senat hat bekanntlich die gesamte Regierungsvorlage betreffend die finanzielle Gefundung, wobei Ministerpräsident Chaumaps die Vertrauensfrage stellte, angenommen. Es erübrigt nunmehr nur noch die Beseitigung einiger Differenzen zwischen den Beschlüssen der beiden Kammern. Man erwartet aber, daß das diesbezügliche Verfahren nicht von langer Dauer sein werde und daß keine ernstlichen politischen Schwierigkeiten sich ergeben werden. Nach Erledigung der Finanzvorlagen wird die Kammer wahrscheinlich am Freitag oder Samstag bis zum 2. Jänner 1934 verlagert werden.

## Vertrauen für die spanische Regierung

Madrid, 21. Dezember. Nach Abschluß der Debatte über die Regierungserklärung sprach die Kammer gestern abends mit 265 gegen 53 Stimmen der Regierung Verrour ihr Vertrauen aus. Gegen Verrour stimmten die Sozialisten und einige Abgeordnete der äußersten Linken. Die äußerste Rechte enthielt sich der Abstimmung. Diese große Mehrheit wurde dadurch ermöglicht, daß die Agrarpartei in ihrer Gesamtheit für die Regierung ihre Stimmen abgab. Der Führer der Agrarier, Abgeordneter Martinez Belasco, erklärte, seine Partei wolle vor allem ihre Standortforderungen verteidigen: sie fordere in erster Linie eine Aenderung der Bodenreform und der

sozialen Gesetzgebung. Ansonsten habe sie, was die Frage der republikanischen Institution betrifft, Vertrauen zu Verrour. Ministerpräsident Verrour erklärte, er wolle in würdiger Weise regieren und das Prinzip der republikanischen und Verfassungseinrichtungen respektieren.

## Belgien rüstet für Verteidigung

Brüssel, 21. Dezember. Nationalverteidigungsminister Devoze erklärte in der Kammerdebatte, in welcher die Regierung um einen außerordentlichen Kredit von 750 Millionen Francs zur Durchführung der Verteidigungsarbeiten an der belgisch-deutschen Grenze ansuchte, Belgien wünsche aufrichtig eine allgemeine und kontrollierte Aufrüstung und werde von vornherein eine auf dieser Grundlage beruhende allgemeine Abrüstungskonvention annehmen. Seit den Anfängen des Völkerverbundes habe Belgien in Genf und bei allen internationalen Konferenzen Beweise seiner Friedensliebe gegeben. Die Erfahrungen des Weltkrieges zwingen aber Belgien, vorbereitet zu sein, um einen eventuellen neuerlichen Überfall auf sein Gebiet zu verhindern.

## Frankreich kürzt Arbeitszeit im Bergbau.

Paris, 21. Dezember. (Havas.) Heute früh hat die Kammer die Ratifizierung des Entwurfes betreffend die Herabsetzung der Arbeitsstunden in den Gruben in der Fassung der Internationalen Arbeitskonferenz genehmigt.

## Bankrott und Korruption der hitlerdeutschen Presse

Der Zeitungsverfall im Dritten Reich, der bezeichnend für den geistigen und wirtschaftlichen „Aufschwung“ im Zeichen des Halenkrenzes ist, scheint Formen und Maße angenommen zu haben, die selbst von den „Führern“ als unerträglich empfunden werden. Nur so ist es zu erklären, daß man jetzt durch den Mund des Reichspropagandachefs, des Herrn Verlagdirektors Ammann, eine Verordnung verkünden ließ, die sich scharf gegen die eingetretenen Mißstände auf dem Gebiet der Presse wendet. Herr Ammann erklärte, was auch Goebbels schon betont hat, daß die Regierung die infolge der Gleichschaltung eingetretene „gleichmäßige Langweiligkeit“ der reichsdeutschen Presse bedaure. Er riet davon ab, noch weiter bewährte Journalisten durch zeitungs-fremde Nationalsozialisten zu ersetzen. Und er machte bekannt, daß bis auf weiteres zweierlei verboten sei: die Neugründung von Zeitungen und Zeitschriften, die im März dieses Jahres noch nicht existiert haben, und die Zeitungsvererbung durch Organisationen, die ihre Mitglieder zum Zwangsabonnement bestimmter Pressezeugnisse verpflichten.

Das ist vielleicht die erste Verordnung des Hitler-Regimes, die nicht den Terror, die Zwangsarbeit, das Verderben der Gegner, die geistige Verdunkelung und die Entrechtung der Massen befiehlt — und die trotzdem ernst gemeint ist. Daß die Verordnung viel zu spät kommt, um das angerichtete Unheil wiedergutmachen zu können, unterscheidet sie von seinem der vorangegangenen „Ordnungsruhe“. Aber während jene früheren Selt-Kommandos an die mordende und plündernde SA, an die erpressenden und spiegelnden Wirtschaftsdiktatoren und an die kriegsbebenden Wehrgeistspezialisten absichtlich erst dann erlassen wurden, als das „Konwendia“ bereits geistig war, scheint diese Presse-Verordnung wirklich der verzweifelte Versuch zu sein, eine katastrophale Entwicklung in ihrem Lauf aufhalten zu wollen.

Zur Erklärung genügen ein paar Tatsachen. Die „gleichmäßige Langweiligkeit“ der reichsdeutschen Presse hat dazu geführt, daß ein großer Teil des deutschen Volkes auf das Zeitunglesen verzichtet hat. Die früher verbreitetste deutsche Tageszeitung, die „Berliner Morgenpost“, hat in neun Monaten mehr als zwei Drittel ihrer Auflage verloren: sie ist von 750.000 auf 200.000 zurückgegangen. Der „Grünen Post“, Deutschlands größter Wochenzeitung, sind von einer Million Leser 700.000 abhanden gekommen. Das „Berliner Tageblatt“ hat sogar neun Zehntel eingebüßt: statt 250.000 Exemplaren verbreitet es noch 25.000. Und selbst der „Lokalanzeiger“ des Herrn Eugenberg hat fast die Hälfte seiner ehemaligen Leser verloren. Aber diese Zeitungen gehören noch zu den gleichgeschalteten Gläublichen, die vorläufig weiterexistieren. Hunderte sind gleich zu Beginn des Hitler-Terrors durch Verbot vernichtet worden. Und seitdem sind ihnen dauernd andere durch Bankrott in den Tod gefolgt. Von den ehemals 2700 reichsdeutschen Tageszeitungen erscheinen heute nur noch 1200, also nicht einmal mehr die Hälfte. (Die Zahlen sind vom Deutschen Institut für Zeitungswesen herausgegeben.) Und wer etwa glaubt, daß die halbenkreuzerischen Blätter auch nur einen nennenswerten Teil der verzichtenden Lesermassen an sich gerissen haben, der wird durch die amtliche Mitteilung widerlegt, daß die Zahl der reichsdeutschen Redakteure von 19.200 auf 5300 zurückgegangen ist — ein klarer Beweis für den Verfall des gesamten Pressewesens im Dritten Reich.

Goebbels, Eckhardt und Ammann sehen sich also zu dem Roschrei veranlaßt, die bewährten Journalisten möchten sich zur Abwendung der gleichgeschalteten Presseplatte zur Verfügung stellen. Sie hoffen, daß diese

Stimmenmeister des unterhaltenden Stils das Publikum wieder zur Zeitungslektüre anregen werden. Aber sie werden mit dieser Einladung an die rettenden Fachleute nichts an der Katastrophe ändern, selbst wenn es Leute geben sollte, die auf die Einladung reagieren. Denn die Langweiligkeit der reichsdeutschen Zeitungen ist heute tiefer begründet als im schlechten Stil ihrer Mitarbeiter. Sie ist einfach daran begründet, daß bewährte und unbewährte Journalisten in hitlerdeutschen Blättern auf Ehrlichkeit und Kritik verzichten müssen, daß sie verschweigen, heucheln und lügen müssen — und das wirkt in allem wie in schlechtem Stil gleichermaßen abstoßend.

Da ein großer Teil des deutschen Volkes keine Zeitung mehr liest, hat man im Geiste des Führers zu einem jener primitiv-gentilen Mittel gegriffen, mit denen die braunen Terroristen alle Probleme der Wirklichkeit lösen zu können meinen. Man hat, wenn nicht das Zeitunglesen, so doch das Zeitungsabonnement zur Pflicht gemacht. Die Nazi-Bonzen, die sich unter der Devise der Gleichschaltung auf alle damals populären und geschäftlich gut fundierten Verlage stürzten, um sich in ihnen anzusiedeln, haben das schwindende Geschäft, das nun ihr Geschäft geworden war, durch kommandierte Abnehmer zu retten gesucht. Man begann alle möglichen Blätter zu „Organen“ aller möglichen Organisationen zu machen. Man schickte uniformierte Werber von Haus zu Haus und erprehte Abonnements. Man gründete, wenn das nicht genügte, neue „Organe“, die sich von vornherein auf einen festen Kreis von Zwangsabonnenten und einen wirksamen „amtlichen“ Werbeapparat stützen sollten.

Wenn jetzt eine Regierungsverordnung Neugründungen im Pressewesen untersagt, Zwangsabonnements verbietet und das weitere Werben von Haus zu Haus verhindert, dann verbirgt sich dahinter ein Korruptionsstand, dessen Ausmaße man höchstens ahnen kann. Denn im Unterschied zur parlamentarischen Demokratie, die jeden Korruptionsfall zum öffentlichen Diskussionsgegenstand macht, macht ihn die Diktatur zum Geheimnis — und nur, wenn der Sumpf bereits derart gen Himmel duftet, daß er nicht mehr verborgen bleiben kann, wird in einer Verordnung andeutungsweise auf ihn Bezug genommen. Es ist dasselbe wie bei dem kürzlich aufgeladenen Streit zwischen Epp und Darré um die geistlichen Erbhohe.

Auch auf dem Gebiet der Presse haben sich die nationalsozialistischen „Erneuerer“ genau so gezeigt, wie auf den anderen Feldern ihrer Tätigkeit: als dreiste, plumpe, gewissenlose und unsagbar schmutzige Geschäftsmacher. Dem stillen, zähen und entschlossenen Widerstand der Mehrheit des deutschen Volkes und jenes Teils der Menschheit, die diesen Notwendigen verdient und die Weltgefahr des braunen Terrors erkennt, ist es zu verdanken, wenn ihre Geschäfte immer schlechter gehen.

**Der Puppenspieler**  
Roman von Felix Fechenbach

Rechtsanwalt Baier drehte sich nach Hans um und sagte ihm, das sei der Herr Staatsanwalt gewesen, der den Antrag gestellt hat, und das Gericht ziehe sich jetzt zur Beratung darüber zurück, ob dem Antrag stattgegeben werden solle.

Gleich darauf kamen die Richter und Schöffen wieder in den Saal, und der Gerichtsvorsitzende verkündete den Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Verhandlung wurde für ein paar Minuten unterbrochen, damit der Zuhörerraum geräumt werden konnte.

Der Badermeister Milan Dem machte große Augen, als er aufgefordert wurde, den Saal zu verlassen. Er wäre gar zu gerne dagesblieben. Aber gegen die Anordnung des Gerichts wagte er kaum irgendwas Unverständliches in keinem Schwaubart zu mutzeln. Er mißte sich, wenn auch mit starkem innerem Widerstreben, fügen, wie alle übrigen Zuhörer auch.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung schilderte Hans, warum er mit Groß habe sprechen wollen, und wie hochfahrend und beleidigend sich Groß dabei benommen habe.

„Sie sagen, Herr Groß habe Ihre Schwester beschimpft?“ fragte der Gerichtsvorsitzende. „Wollen Sie uns nicht sagen, worin diese Beschimpfung bestanden hat?“

Hans wurde verlegen. Die vielen Augen am Richtertisch, die ihn alle ansahen, verwirrten ihn und er konnte es nicht sagen, was Groß ihm zugerufen hatte.

Der Vorsitzende half nach.

„Das müssen Sie jetzt sagen, das ist sehr

Genosse Goth in der Budgetdebatte:

# Sanierung der Selbstverwaltungsfinanzen

ebenso wichtig wie das Gleichgewicht im Staatshaushalt

Prag, 21. Dezember. Im Senat setzte sich gestern Genosse Goth, der erst vor wenigen Wochen als Nachfolger des verstorbenen Genossen Deutel in den Senat kam, ganz entschieden für die sofortige Finanzreform der Sanierung der Selbstverwaltungsfinanzen ein, wobei wirklich nicht ein Tag mehr zu verlieren ist, wenn nicht die ernstesten Folgen für die gesamte Wirtschaft eintreten sollen.

Besondere Beachtung seitens der zuständigen Kreise sollte namentlich auch der zweite Teil der Rede finden, in welcher der Redner den Leidensweg der Gemeinden schildert, den sie überstehen müssen, bevor sie die zugesicherten Darlehen aus der Arbeitsanleihe auch wirklich erhalten. Sollte es wirklich unmöglich sein, wenigstens in dieser Frage den Amtschimmel in eine etwas zeitgemäßere Gangart zu bringen?

Genosse Goth führte u. a. aus: Die Frage der Sanierung der Finanzen der unerschuldigten Gemeinden scheint fast keine geringere Sorge zu sein als die Sorge um die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, denn ein auch nur teilweiser Zahlungsausfall der Gemeinden, die nicht einmal mehr die Zinsen und Annuitäten bezahlen können, müßte unvorstellbare Folgen aus allen Gebieten der Wirtschaft nach sich ziehen!

Die Gemeinden haben unter den heutigen Verhältnissen Aufgaben zu erfüllen, die über das normale Maß hinausgehen und die weder die Gemeindeordnung, noch die Gesetze in Betracht gezogen haben. Wenn sie schon gar nichts mehr haben, dann wenden sich die Arbeitslosen an den Vorsteher; es ist begreiflich, wenn dies manchmal etwas stürmisch geschieht. In solchen Tagen kann der Vorsteher den verzweifeltsten Menschen dann nicht mit Vorträgen über die schlechten Gemeindefinanzen kommen, sondern er muß helfen und unter Umständen auch Mittel in Anspruch nehmen, die für andere Zwecke bestimmt waren.

Die Verschuldung der Gemeinden hat einen Grad erreicht, daß jeder Schritt weiter zum Bankrott führen muß. Die lebhafteste Entwicklung der Nachkriegsjahre, verbunden mit einer industriellen Hochkonjunktur, haben den heutigen Abstieg in die Wirtschaftskatastrophe nicht ahnen lassen.

# Bürokratische Schikanen bei Gemeindedarlehen aus der Arbeitsanleihe

Genosse Goth stellt dann fest, daß die gute gemeint Aktion des Staates mit der Arbeitsanleihe die Gemeinden in mehrfacher Hinsicht enttäuscht hat.

Wohl ist der Zinssatz mit fünf Prozent nicht teuer, aber die Tilgungsdauer wurde nur mit zwanzig Jahren angesetzt, so daß mit der Amortisation, der schupprozentigen Prämie und den sonstigen Speisen sich für den Anfang des Darlehensdienstes eine Belastung von 10,75 Prozent ergibt. Daß die Selbstverwaltungskörper mit einem so teuren Geld verantwortlicherweise kaum etwas anfangen können, liegt auf der Hand!

lassen. Das war beim Staat das gleiche wie bei den Gemeinden. In diesen Zeiten ist steuerpolitisch am meisten gesündigt worden: Dadurch, daß jahrelang keine Steuern vorgeschrieben wurden, haben Staat und Gemeinden Milliarden verloren!

Zu den üblichen Klagen über die „hohen sozialen Lasten“ sei nur bemerkt, daß von den 1150 Millionen Beiträgen für die Sozialversicherung, von denen 575 Millionen auf die Unternehmer entfielen, für das Jahr 1933 noch 370 Millionen ausständig sind. Die Gesamtleistung der Unternehmer an „sozialen Lasten“ beträgt also kaum 900 Millionen!

Aber auch die Gesetze Nr. 102 und 78 aus dem Jahre 1927 haben durch die Herabsetzung der Erwerbsteuer und durch die Stabilisierungssibillien wesentlich dazu beigetragen, daß der Steuerertrag in diesen Jahren der Hochkonjunktur unter das Ausmaß in Goldkrone gesunken ist; auch das hat sich natürlich im Gemeindehaushalt sehr ungünstig ausgewirkt.

Neben den Gemeindefinanzproblemen spielt die Frage der vordringlichen Ubergänge an Umlagen eine große Rolle. Diese Umlagen werden nun den Gemeinden in Abzug gebracht, so daß viele Gemeinden durch Monate hindurch keinen Heller Umlagen sehen.

Dazu kommt weiteres, daß die Steuergrundlage infolge der Wirtschaftskatastrophe ständig sinkt.

Wenn im November der Gemeindevoranschlag zusammengestellt wird, so besteht auch nicht eine annähernde Sicherheit, daß die mit aller Vorlicht angenommenen Ziffern auch wirklich richtig sind. Auch die Zurechnungen aus dem Ausgleichsfonds werden immer geringer. Während sie in Wöhmen im Anfang noch über 90 Prozent der anerkannten Abgänge betragen, sieht zu befürchten, daß sie heute auf 20 Prozent oder noch darunter sinken werden. Der Weg der Darlehensaufnahme ist aber selbst für die kreditfähigen Gemeinden infolge der Lage auf dem Geldmarkt gänzlich verlegt.

Der Staat wird diese überaus erste Situation der Gemeinden nicht weiter übersehen oder abwarten dürfen, bis die Natur sich selbst hilft. Die Hilfe darf aber nicht zu spät kommen!

Daß der Zinsendienst im Laufe der Jahre mit fortschreitender Kapitalschüttung bedeutend billiger wird, hilft uns gegenwärtig nichts. Die jährlichen Leistungen an Zinsen und Amortisation sollten für die ganze Zeit gleichmäßig hoch bleiben, wodurch man eine siebenprozentige Amortisationsrate erreichen könnte. Selbst in der guten alten Zeit konnte man Kommunaldarlehen mit 10-jähriger Laufzeit; warum müssen also heute Notlandarbeiten gerade in zwanzig Jahren bezahlt werden?

Auch sollte man nicht an erster Stelle aus der Arbeitsanleihe Investitionen für Straßen- und Kanalbauten unterstützen, die doch nichts ein-

bringen; erst dann folgen Hochbauten und zuletzt an ausschließlicher Stelle Wasserleitungsbauten, obgleich doch gerade diese sich aus ihren Einnahmen selbst erhalten, also produktiv sind.

Und wenn schon eine Gemeinde die Zusage eines Darlehens aus der Arbeitsanleihe erhält, dann bekommt sie nicht etwa eine Abschlagszahlung, sondern muß sich erst von anderer Seite Geld ausborgen, um mit der Arbeit beginnen zu können, denn erst dann wird das Darlehen aus der Arbeitsanleihe flüssig gemacht. Woher kann aber heute eine Gemeinde diesen Zwischentitel erhalten?

Auch wenn sie ihn von einer Bank zugesichert bekommt, so muß er erst ordnungsgemäß beschossen und von der Aufsichtsstelle genehmigt werden. Unter günstigsten Umständen dauert das ein Vierteljahr. Nach den Anleihebestimmungen sollen die beanspruchten Darlehen aus der Arbeitsanleihe jedoch möglichst im Jahre 1933 verbraucht werden. Das ist unter diesen Umständen unmöglich. Wenn erklärt wird, daß die Selbstverwaltungskörper rund 250 Millionen erhalten haben, so sind damit wohl nur die Zusicherungen gemeint; von hier bis zur Ueberweisung in klingender Münze ist aber noch ein sehr weiter Weg.

Ein solches Hilfswort wie die Arbeitsanleihe sollte denn doch nicht mit derartig überflüssigen Schikanen belastet sein!

Genosse Goth spricht abschließend noch die Erwartung aus, daß der Beirat für die Selbstverwaltungsfinanzen von den zuständigen Stellen sehr bald zu intensiver Mitarbeit an der Gesundung der Gemeindefinanzen mitherangezogen werden wird. (Seifa 11.)

# Ernennungen in die Karlsbader Stadtvertretung

Das Innenministerium hat zum Bürgermeister der Stadt Karlsbad den Oberst der politischen Schöffe, Herrn Schreiter-Schwarzenfeld (DMS), zum ersten Bürgermeistermeister Genossen Franz Holik und zum zweiten den Postdirektor Franz Ubert (DMS) ernannt. Außerdem wurden die deutschen Sozialdemokraten Dr. Simon, Josef Rädler und Johann Ranaet in den Stadtrat berufen. Dem Stadtparlament Karlsbad gehören nunmehr an: 16 Sozialdemokraten (bisher 8) 10 DMS (4), Gewerbetarbei 4 (2), Christlichsoziale 4 (2) und 2 Parteiloze.

# Dr. Benes berichtet über die Pariser Beratungen

Prag. In der am Mittwoch, den 20. d. M. abgehaltenen außerordentlichen Ministerratssitzung erstattete Außenminister Dr. Benes eingehenden Bericht über die Beratungen mit dem rumänischen Außenminister in Adice und über die mit der französischen Regierung bei seiner offiziellen Reise nach Paris stattgefundenen Verhandlungen.

Ferner erstattete der Außenminister Bericht über die auswärtige Situation und über die aktuellen international-politischen Probleme, welche die Interessen der Tschechoslowakischen Republik sowie auch der gesamten kleinen Entente betreffen, und zwar insbesondere, soweit es sich um die gegenwärtige Lage in den Fragen des Völkerbundes, der Abrüstung und der außenpolitischen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten handelt.

Der Bericht des Außenministers wurde nach durchgeführter Debatte genehmigt und die von ihm bei den erwähnten Verhandlungen verfolgten Richtlinien zur Kenntnis genommen.

wesentlich für die Beurteilung des ganzen Falles . . .

„Es war was ganz Gemeines, was er g'sagt hat . . .“

Jetzt kam ihm der Verteidiger zu Hilfe:

„Herr Cornelius, hat Herr Groß etwas gesagt, was Ihre Schwester in ihrer weiblichen Ehre beschimpfen mußte?“

„Ja, der Groß hatte die Lene doch schwanger gemacht. Die Lene hat sich ja geweicht g'habt bis zuletzt und hat mit woll'n. Aber schließlich hat sie der Groß doch verführt, und dann muß ich mir von ihm sagen lassen, daß er „so eine“ mit heraten wollt!“

„Das war alles?“ fragte der Vorsitzende.

„Da bin ich schon im Wut gekommen, hab' aber noch g'fragt, was er damit meint mit „so eine.“ Und dann hat's der Groß g'sagt . . .“

„Nun sagen Sie es doch, was der Herr Groß dann gesagt hat,“ redete ihm Dr. Baier zu.

„Dann hat er g'sagt, . . . so eine . . . die ohne weiteres die Beine breit macht . . .“

Hans war über und über rot geworden, als er es endlich heraus hatte.

„Und dann haben Sie einfach auf ihn losgeschlaan?“ wollte der Vorsitzende noch wissen.

„Ich hab' gelocht vor Wut, weil er mei' Schwester wie ein gemeines Straßennädel hingestellt hat, und dann ist es halt passiert . . .“

Der Staatsanwalt erhob sich von seinem Platze:

„Sie haben doch von vorne herein vorgehabt, dem Groß einen Denkettel zu geben, weil er Ihre Schwester ins Unglück gestürzt hat. Das ist ja von Ihnen als Bruder auch zu verstehen.“

angegeben hatte, er könne sich im einzelnen nicht mehr erinnern, was er zu Hans gesagt habe.

Dann wurde Franz Hein herbeigerufen. Der Staatsanwalt erhob Einspruch gegen seine Verteidigung, weil die Möglichkeit der Mittäterschaft bestehe. Dr. Baier jedoch bestand auf Verteidigung. Der Zeuge Hein sei in keiner Weise beteiltigt gewesen, sei nur hinzugesprungen, um den Herrn Cornelius zurückzubalzen. Die Verteidigung wurde zunächst zurückgestellt.

Franz bestätigte die Darstellung von Hans, daß eine ganz friedliche Unterredung geplant gewesen sei. Er wäre nur mitgegangen, weil Hans den Groß nicht gefannt habe. Auch die beschimpfenden Auslassungen des Groß hatte Franz gehört, so wie Hans sie angegeben hatte.

Der Staatsanwalt nahm vom Gerichtstisch einen dicken Stod mit kurzem Rnauf und zeigte ihn Franz:

„Hat der Angeklagte mit diesem Stod zugeschlaan?“

„Ja, das is' er! Es war dem Groß sein Stod.“

Die weiteren Augenzuge konnten nur bestunben, sie hätten gesehen, wie der Angeklagte auf den anderen Herrn mit dem Stod eingeschlaan habe. Was vorausgegangen war, wußte keiner von ihnen.

Auf Antrag des Verteidigers wurde dann noch Baier Cornelius gehört. Er sollte sich nur über die bisherige Führung von Hans äußern. Das allerbeste Zeugnis stellte er ihm aus. Fleißig und ordentlich sei der Hans immer gewesen, und an seiner Schwester hänge er sehr. Eschlagereien hätte er nie gehabt, abgesehen von Kubenbalgereien, solange er noch in der Schule war. Aber ein arg empfindliches Ohrgesühl hätte der Hans immer schon g'habt.

Als Baier des Angeklagten konnte Peter Cornelius nicht veredigt werden. Dagegen wurde die Verteidigung von Franz Hein noch

nachträglich vorgenommen, da zwei von den Augenzuge ausgefaßt hatten. Franz Hein hätte nicht auf Groß eingeschlaan, sondern versucht, den Angeklagten am Zuschlagen zu hindern.

Der Vorsitzende verlas nun das ärztliche Gutachten. Darin hieß es, daß Rudolf Groß eine schwere Gehirnerschütterung erlitten habe, die zweifellos von heftigen Schlägen mit einem stumpfen Werkzeug gegen den Kopf herrühre. Als Folge sei eine Schwächung der Gedächtniskräfte und des Erinnerungsvormögens festzustellen.

Jetzt nahm der Staatsanwalt das Wort zu seiner Anklagerede und schilderte vor allem den Stod, den er dabei in die Hand nahm und zum Richtertisch hinüberreichte, als ein ganz gefährliches Werkzeug, das durchaus geeignet wäre, einen Menschen damit totzuschlaan. Daß diese schlimmste Folge nicht eingetreten ist, sei ein besonderer Glücksumstand. Der Ueberfallene habe eine dauernde Schwächung seiner Geisteskräfte davongetragen, sei heute noch nicht wieder arbeitsfähig, und es sei auch gar nicht abzusehen, wann er so weit hergestellt sein würde, daß er seinen Beruf wieder ausüben könne.

„Meine Herren, es sind also die Merkmale einer schweren Körperverletzung gegeben, und diese schwere Körperverletzung wurde mittels eines gefährlichen Werkzeugs herbeigeführt. Der Angeklagte hat in beargewisselter Erregung gehandelt, weshalb ihm mildere Umstände zur Seite stehen. Ich beantrage deshalb, auf die Mindeststrafe für schwere Körperverletzung, auf ein Jahr Gefängnis zu erkennen.“

Während der Staatsanwalt sprach, sah Hans in sich zusammengesunken auf der Anklagebank. Das Herz klopfte ihm hörbar bis zum Halse hinauf. Ein ganzes Jahr sollte er ins Gefängnis! Das ist ja furchtbar! Es wurde ihm ganz schwarz vor den Augen.

## Saben in Ihrer Gemeinde schon alle Funktionäre ihr kommunalpolitisches Blatt?

In vielen Gemeinden wurde schon beschlossen, allen Gemeindefunktionären, ohne Unterschied der Partei, ein kommunalpolitisches Organ nach freier Wahl des betreffenden Funktionärs, auf Gemeindekosten zuzustellen. Ein derartiger Beschluß ist zweifellos sehr wichtig, weil es eine Aufgabe der kommunalen Verwaltung ist, für die Schaltung der tätigen Gemeindefunktionäre zu sorgen und ihnen wenigstens einen kleinen Teil der zu ihrer standigen Information nötigen Beihilfe zur Verfügung zu stellen.

Genossen! Wenn in erster Gemeinde ein derartiger Beschluß noch nicht besteht, so stellt einen diesbezüglichen Antrag!

**Jedem** sozialdemokrat. Gemeindeamtuonär sein Blatt, „Die freie Gemeinde“.

## Neue sozialdemokratische Bundesräte

Wien, 21. Dezember. Durch die feinerzeitige Überlegung der nationalsozialistischen Mandate hat sich das bisherige Verhältnis der auf Wien entfallenden Bundesratsmandate von 8 : 2 : 2 geändert, indem die sozialdemokratische Partei nunmehr 10 Bundesratsmandate, die Christlich-sozialistische Partei 2 Bundesratsmandate besitzt. In der heutigen Sitzung des Wiener Landtags wurden Sekretär Knapp und Privatbeamter Nigl zu neuen sozialdemokratischen Bundesräten gewählt.

## Wahl-„Sieg“ der rumänischen Regierung.

**60 Prozent der Stimmen für die Regierungsliste.**  
Bukarest, 21. Dezember. (D.N.) Das Wahlergebnis in Bukarest besagt, daß dortselbst von 59,928 Stimmen die liberale Regierungspartei insgesamt 34,093 Stimmen erhalten hat. Der Rest der Stimmen verteilt sich auf weitere 15 Parteien, die Kandidatenlisten eingebracht hatten. Bis in die Morgenstunden war das Resultat von nur etwa 1,400.000 Stimmen aus ganz Rumänien bekannt; hievon erlangte die Regierungspartei 58 Prozent, die Bauernpartei Rumänien 13 Prozent; der Stimmenrest entfällt auf die übrigen Parteien.

## Die Diplomatenbesuche.

Bukarest, 21. Dezember. Außenminister Titulescu hat eine Einladung des französischen Außenministers Paul-Boncour erhalten, sich anschließend an die Besprechung mit Doktor Benes nach Paris zu begeben. Paul-Boncour wird in Erwiderung des Besuches Titulescus im Jänner nach Bukarest kommen. Im Jänner wird weiter auch der Besuch des polnischen Außenministers Bed in Bukarest erwartet.

## Rumänien bleibt reaktionär

Bukarest, 21. Dezember. Der Opposition gelang es in keinem Bezirke die absolute Mehrheit zu erlangen, während die Regierungsparteien sie in diesen Bezirken erreichten. Nach den bisherigen Schätzungen wird sich die Kammer aus 305 Liberalen und 28 Abgeordneten der Nationalen Bauernpartei, weiters je 10 Abgeordneten der Gruppe Dr. Lupu und Georg Bratianu, sechs Abgeordneten der Christlichen Partei Cuz und der Nationalen Agrarpartei Coga, acht Abgeordneten der ungarischen Partei, fünf der Gruppe Junian und vier der Kroatojanus zusammensetzen. Nach den bisherigen Ergebnissen erreichten nicht die notwendigen 2 Prozent der Stimmen, die Volkspartei Averescu, die sozialdemokratische Partei und die jüdische Partei, welche also keine Vertretung im Parlament haben werden.

## Simon in Paris.

London, 21. Dezember. Außenminister Sir John Simon ist nach Paris abgereist.

## „Amnestie“.

Der sächsische Minister des Inneren hat angeordnet, daß 300 „Schug“-Häftlinge, die sich „gut ausgeführt“ haben und von denen angenommen werden darf, daß sie sich in die Volksgemeinschaft einfügen, anlässlich des Weihnachtsfestes aus der Haft entlassen werden. Aus Anlaß des bevorstehenden Weihnachtsfestes hat der Senat 50 Lübeck „Schug“-Häftlinge auf freien Fuß setzen lassen.

Es wird selbstverständlich nicht mitgeteilt, wieviel „frische Ware“ in die Konzentrationslager eingeliefert wurde.

# Ein Oberster Wirtschaftsrat?

## Sozialistische Anträge im Senat Das Budget angenommen

Prag, 21. Dezember. Der Senat nahm heute gegen 8 Uhr abends nach dreitägiger Debatte das Budget in der Fassung der Regierungsvorlage an. Morgen wird der Senat noch eine letzte Sitzung vor Weihnachten abhalten, in der noch eine ganze Reihe von Beschlüssen des Abgeordnetenhauses der Erledigung zugeführt werden soll.

Die heutige Sitzung war am Vormittag zum großen Teil mit einer Rede des Senators Kloss (Nat.-Soz.) ausgefüllt, der die Auffassung vertrat, daß das heutige Ermächtigungsgesetz nicht genüge; es ermächtige die Regierung zwar mehr als notwendig sei, aber es lege ihr keine Verpflichtungen auf. Er würde anstelle des heutigen Ermächtigungsgesetzes lieber eine Reihe von „Zweckgesetzen“ sehen, in denen die Nationalversammlung der Regierung die Verpflichtung auferlegt, auf bestimmten Gebieten gewisse, genau begrenzte Maßnahmen durchzuführen; dann würde das Parlament wissen, zu welchem Zweck es seine Vollmachten auf die Regierung überträgt. Das Kabinett sollte auch in der Richtung informiert werden, daß die Leitung der Ministerien Fachministern übergeben wird, während die Politiker im Kabinett als Minister ohne Portefeuille fungieren.

Kloss verlangte weiters die Errichtung eines Obersten Wirtschaftsrates, der ohne Rücksicht auf den politischen Schlüssel aus 15 bis 20 Fachleuten zusammengekehrt sein sollte. Diesen Wirtschaftsrat möchte die Regierung bei jeder wirtschaftlichen Frage anhören.

In dieser Richtung bewegt sich überdies auch ein heute im Senat aufgelegter Antrag des Genossen Modracek, wonach ein aus einer begrenzten Anzahl von Fachleuten bestehender Wirtschaftsrat durch die Regierung ernannt werden soll, der die Aufgabe hätte,

- a) einen allgemeinen Plan zur Behebung der Wirtschaft auszuarbeiten,
- b) namentlich ein Programm für öffentliche Arbeiten fertigzustellen, das die Arbeitslosigkeit wesentlich mildern könnte, und die Art der Durchführung sowie der Finanzierung dieser Arbeiten zu beantragen.

Die Behebung der Arbeitslosigkeit stellt sich Kloss so vor, daß der Industrie durch Vermittlung eines eigenen Reckkomptableitungs bei der Bundesbank ein Staatskredit von mindestens einer Milliarde gewährt werden soll; einen solchen Kredit dürfen aber nur jene Unternehmer erhalten, die sich verpflichten, entsprechend viel neue Arbeiter einzustellen, so daß auf diese Weise binnen sechs Monaten die Arbeitslosigkeit um 50 Prozent (?) abnehmen könnte. Er schlug auch die Einberufung

einer Konferenz vor, die sich mit der Lösung des Arbeitsproblems befassen soll.

## Stöhr greift die Merkmalen an

Am Nachmittag hielt Stöhr (S. D. L.) in seiner üblichen polternden Weise eine große Rede, worin er sich immerhin dazu aufschwang, unter gewissen Umständen eine Planwirtschaft auch für das Gebiet der Landwirtschaft anzunehmen; nur möchte sich auch die Industrie einem Wirtschaftsplan unterwerfen. Die Kleine Wirtschaftsrente paßt ihm nicht, weil man angeblich beim Schuß der Landwirtschaft immer „zu viel Rücksicht auf unsere Nachbarn und Freunde“ nehme. Sonst verlangte er „nur“ noch Zwangsorganisationen auf genossenschaftlicher Basis für Getreide-, Milch- und Viehwirtschaft.

Politisch nahm er sich diesmal vor allem die Christlichsozialen, bzw. die Reden Krumpes und Hilgenreiners in Prag, aufs Korn: Mit dem Glauben dürfe nicht Schindluder getrieben werden; auch bei uns würde man eine ähnliche Verfügung der geistlichen Oberhirten wie in Oesterreich (Abberufung der Geistlichkeit aus der Politik) nur allzu gerne begrüßen. Wenn uns, erklärte Stöhr, weiter die Christlichsozialpartei in unfairer Weise öffentlich bekämpft wird, werden wir imstande sein, dafür zu sorgen, daß ehebaldigst wieder Ruhe und Ordnung eintritt. Daß es noch Bauern gebe, die bei dieser Partei organisiert sind, vermöge kein vernünftiger Mensch zu begreifen.

Wirtschaftlich entschuldigte sich ausnahmsweise einmal vor dem ganzen Plenum, daß er gestern den Senator Kova einen „Denunzianten“ geheißen habe.

Senator Kostka (NSD) hält eine Erhöhung des Geldumlaufes, um zwei bis drei Milliarden, wodurch frisches Leben in die Wirtschaft käme, nicht für eine Gefährdung der Krone. Um die Geldknappheit zu bekämpfen, sollte man auch den bargeldlosen Zahlungsverkehr möglichst fördern.

## Für Beschleunigung der Legislative

Der Verfassungsausschuß des Senats nahm gestern eine Resolution an, in der das Präsidium aufgefordert wird, sich für die Einberufung einer Enquete von Vertretern beider Häuser der Nationalversammlung und der Regierung einzusetzen, in der darüber verhandelt werden soll, wie man die legislative Arbeit beschleunigen und gleichmäßiger auf beide Häuser aufteilen könnte.

# Helft den Arbeitslosen!

## Aus der Budgetrede des Genossen Just.

Prag, 21. Dezember. In der gestrigen Senatsitzung hielt Genosse Just zur zweiten Budgetgruppe eine Rede, in der er sich u. a. der Kriegsinvaliden — seiner eigenen Leidensgenossen — warm annahm und dafür eintrat, daß der Staat endlich entscheidende Schritte tue, um der unendlichen Not, namentlich im deutschen Randgebiet, nach Möglichkeit zu steuern.

Redner verwies darauf, daß durch die Kürzung des Budget des Arbeitsministeriums um 78 Mill. die Notstandsarbeiten der Selbstverwaltungskörper bedroht erscheinen. Beim Fürsorgeministerium liegen derzeit 5000 Gesuche um produktive Arbeitslosensfürsorge; es wären nicht weniger als 60 Millionen notwendig, um die Gemeindefürsorge halbwegs instand zu setzen, die projektierten Arbeiten auch wirklich durchzuführen.

Er wendet sich weiters mit aller Entschiedenheit dagegen, daß man bei den Kriegsinvaliden über den normalen Abgang hinaus weitere Ersparungen erzielen will. Diese Menschen haben in der Nachkriegszeit bereits die größten Opfer gebracht; es wäre eine große Ungerechtigkeit, wenn man ihnen jetzt die Teuerungszulagen streichen oder jene Invaliden ausscheiden wollte, die bis zu 30 Prozent erwerbsunfähig sind. Gerade in den heutigen kritischen Zeiten muß der Staat auch Gewicht darauf legen, daß jene Menschen, die feinerzeit große Opfer an Blut und Gesundheit gebracht haben, eine ausreichende Unterstützung erhalten!

Gerade jetzt, wo die Krise schon seit Jahren wütet, wäre es ein Gebot der Stunde, mit der Verkürzung der Arbeitszeit Ernst zu machen.

## 250.000 Kč für die arbeitslosen Bergarbeiter

Aus Brüx wird berichtet: Die Braunkohlen-Bergbauergesellschaft für die Revierbergbaubezirke Komotau, Brüx und Tepitz in Brüx, welcher sämtliche Bergbauunternehmungen des nordwestböhmischen Reviers angehören, hat für die arbeitslosen Bergarbeiter des hiesigen Reviers den Betrag von einer Viertel-Million Kč gemeldet. Dieser Betrag wurde auf die einzelnen

Gewiss kann diese Frage nur international gelöst werden; doch auch in den anderen Staaten verlangen die Arbeitervertreter die Verkürzung der Arbeitszeit, weil die Krise bereits zu einem Dauerzustand geworden ist. Leider muß gesagt werden, daß in kleinen Betrieben, namentlich im Bauergewerbe, der achtstündentag vielfach nicht eingehalten wird. Es muß den Behörden zum Vorwurf gemacht werden, daß sie sich nicht darum kümmern und die Gendarmen lieber einem Fichter nachschicken, als den Unternehmern, die Ueberzeit schinden. Anzeigen seitens der Gewerkschaften und Vertrauensmänner haben keinen Erfolg, zu einer Bestrafung kommt es meist überhaupt nicht.

Genosse Just kommt dann auf die elenden Löhne zu sprechen, die namentlich in rückständigen Gebieten, wie im Adlergebirge, gezahlt werden. Dort hat man z. B. bei Straßentbauern einen Stundenlohn von 1.80 Kč bezahlt, so daß der gesamte Wochenlohn oft nur 60 Kč ausmache. Mit solchen Löhnen kann auch bei der bescheidensten Lebensweise niemand sein Auslangen finden!

Die Not im ganzen sudetendeutschen Gebiet ist unfassbar groß. Hunderttausende Arbeiter leben mit ihren Familien in furchtbarstem Elend. Sie verlangen mit vollem Recht, daß man sie nicht im Elend verkommen läßt.

Der deutsche Arbeiter verlangt aber auch in nationaler und kultureller Beziehung die gleichen Rechte wie die anderen Nationen. Offen wir, daß wenigstens das Jahr 1934 all denen, die unter der Krise so sehr leiden, auch einige Erleichterungen bringen möge! (Beifall.)

politischen Bezirke aufgeteilt und den Bezirksbehörden zur Verteilung überwiefen.

## SA-Kurier verhaftet

Brüx meldet: Die Gendarmerie verhaftete den 21-jährigen arbeitslosen Elektrotechniker und Gastwirtsohn Rudolf Widner aus Maltzauern. Er wird beschuldigt, den Kurierdienst zwischen den bei der SA in Deutschland dienenden tschechoslowakischen Staatsangehörigen und ihren in der Republik lebenden Verwandten versehen zu haben.

# An alle Abonnenten und Kolporteur!

Anlässlich der Weihnachtsfeierstage erscheint unsere Weihnachtsausgabe am Sonntag, den 24. Dezember, zur gewohnten Stunde. Die Ausgaben vom 26. und 27. Dezember entfallen. Die nächste Nummer erscheint wieder am Donnerstag, den 28. Dezember.

Die Verwaltung.

## Gefährliche Sorgen des ZK der KPD

(D.N.) In der Zeit, wo der faschistische Terror in Deutschland alle Gruppen der Arbeiterbewegung mit der gleichen Brutalität trifft und wo nichts so notwendig wäre, als der gemeinsame, geschlossene Abwehrkampf der Reste aller proletarischen Organisationen, sieht das Zentralkomitee der KPD seine Hauptaufgabe darin, ärger noch als vorher für die Verwischung der anderen proletarischen Parteien zu wirken. In einem in der „Rundschau“ veröffentlichten programmatischen Artikel von Walther über die Massenarbeit der KPD in Deutschland wird dargelegt, daß alle anderen proletarischen Gruppen in Deutschland vernichtet werden müssen und die KPD die einzige Partei werden müsse. In diesem Artikel heißt es weiter, daß von den Kommunisten alles getan werden müsse, um den Wiederaufbau der Sozialistischen Arbeiterjugend, in der die revolutionären Rader der sozialistischen Jugend arbeiten, zu verhindern. Aber das ZK hat noch größere Sorgen, als die Verhinderung der illegalen Arbeit der SAJ. In der nach der Wahl vom 12. November veröffentlichten Erklärung der Zentralkomitees der KPD, heißt es wörtlich:

„Je besser es die Kommunisten verstehen, die sozialdemokratischen Arbeitermassen ... davon zu überzeugen, daß der Wiederaufbau der Sozialdemokratie die schlimmste Gefahr für den Sieg des Proletariats ... bedeuten würde.“

Uns scheint, daß es in der gegenwärtigen Zeit für das deutsche Volk schlimmere Gefahren gibt, als die vom ZK als schlimmste bezeichnete, und daß es angesichts dieser schlimmeren Gefahren darauf ankommen würde, auf Grund der gegebenen Tatsachen die vorhandenen Kräfte zusammenzuführen für den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Das ZK der KPD hat aber leider immer noch nicht begriffen, daß es bei dem jetzt so schweren und harten Kampf in Deutschland nicht um die Interessen einer Partei, sondern um das Schicksal der ganzen Arbeiterklasse geht.

## Prof. Banse spricht in Berlin

Berlin. (Anpr.) Laut dem Vortragsverzeichnis der „Geogr. Gesellschaft e. V.“ im Reichsbund Volkstum und Heimat wird am 19. Jänner 1934 im Hörsaal 4 der Berliner Universität Professor Banse über das Thema „Geographie als Wehrwissenschaft“ sprechen. Trotz der angeblichen Beschlagnahme von Banse's Wehr-Büchern, wird der Herr Professor im Vorlesungsverzeichnis wie folgt gerühmt:

„Banse ist heute der berühmteste Geograph Deutschlands. Der Ruf Banse's geht nicht nur auf eine Fülle bedeutender geographischer Arbeiten, auf die von ihm zuerst durchgeführte Einbeziehung der Seele der Landschaft in die Gesichtspunkte geographischer Forschung, oder auf seine Begründung einer Wehrwissenschaft innerhalb der Geographie zurück, sondern auch auf ein umfangreiches historisches Werk. Diese nicht alltägliche Erscheinung unter den deutschen Wissenschaftlern, wie sie Ewald Banse ist, hat lange vergeblich auf Anerkennung durch den Staat und die offizielle Wissenschaft warten müssen. Erst die nationalsozialistische Regierung hat das Verhängnis nachgeholt und Banse an die Technische Hochschule in Braunschweig berufen. Für das wehrlose Deutschland ist die wehrwissenschaftliche Forschung Banse's von entscheidender Bedeutung.“

## Der litauische Faschismus

geführt vom Staatspräsidenten.

Aus Kaunas wird uns geschrieben: Freitag wurde hier der Kongreß der „Nationalen Vereinigung“ eröffnet, einer Bewegung, welche in Litauen seit Dezember 1926 die Regierungsgewalt in den Händen hat. Der Führer der Bewegung, Staatspräsident Smetona, eröffnete den Kongreß und skizzierte in seiner Eröffnungsrede die internationale Lage sowie die Linie der litauischen Innenpolitik. Er sprach sich für ein autoritatives Regime aus, welches jedoch kein ausländisches System nachahmen würde, vielmehr auf dem litauischen Nationalcharakter und auf den Bedingungen, die dem Leben Litauens eigen sind, basieren muß. Der Präsident schilderte sodann die künftige Vertretung der Nation, die gegründet sein werde auf kulturellen und wirtschaftlichen Grundfragen der Nation unter Ausschluß der liberalen Formel der Vertretung nach politischen Parteizugehörigkeiten.

# Kranke in Ungezieferbaraden!

## Die Raumnot in den judetendeutschen Krankenhäusern

Unsere Zeit findet, im täglichen Leben wie in den Fachdisziplinen, ständig neue Formulierungen. Die Technik schreitet mit fast unheimlicher Intensität von Entdeckung zu Entdeckung — daß dieser überwältigende Siegeszug des menschlichen Erfundungsgeistes oft negativen, zerstörenden Elementen dient, ist die Tragik dieser Übergangszeiten Gesellschaftsordnung.

Und wieviel aufopferungsbereite Pioniere brechen immer wieder Pforten in den Urwald, der sich, trotz aller Erfolge, dicht und rätselhaft um unser Wissen, den Menschen und seinen Körper zieht!

Denken wir an die hilflosen medizinischen Experimente vor 200 Jahren und betrachten wir dagegen die kenntnisreiche erfahrene Medizin unserer Tage, so sieht man, was gerade auf diesem so entscheidend wichtigen Gebiet erreicht worden ist!

Aber bei all den glänzenden Einzelleistungen genialer Forscher und unermüdetlicher Experimentatoren — auch hier wird der Fortschritt nicht rüchhaltlos und sachlich in den Dienst der Gesamtheit gestellt!

Für die breiten Massen ist das Krankenhaus von ungleich wesentlicherer und einschneidenderer Bedeutung als für den Wohlhabenden.

Der Begüterte kann sich einen Spezialarzt zu Hause leisten; er vermag sich, falls Krankenhausbehandlung notwendig erscheint, die angenehmste und bequemste Heilanstalt auszuwählen; in der 1. oder 2. Klasse, die er aufzusuchen pflegt, übersteht er die leidigen Tage mit allem nur möglichen Komfort; nur das Risiko seiner Krankheit kann ihm sein gefülltes Portefeuille nicht abnehmen.

Der Mittellose aber, der im Massenquartier der 3. Klasse liegt, ist auf Geheiß und Verberb dem allgemeinen sozialen, medizinischen und kulturell-hygienischen Niveau der Anstalt eingegliedert.

Wie sieht es nun mit den Krankenanstalten der Republik? Ueber mancherlei wird zu reden sein, aber ein besonders akutes, brennendes Problem ist

### die Not der Ueberfüllung,

die in manchen Anstalten des Landes die Verwaltungen veranlaßt, ihre Patienten vor der definitiven Ausheilung in die — meist höchst mangelhafte und unzureichende — häusliche Pflege zu entlassen.

Was soll man zum Beispiel dazu sagen, daß im Grassliger Allgemeinen Bezirkskrankenhaus die Betten- und Raumnot so groß ist, daß

### die Zimmer der 3. Klasse oft dreifach über das normale Maß hinaus belegt

sind, ja, daß die bedauernswerten Patienten häufig in Notbetten auf den Gängen liegen müssen. Bei solch unerträglichen Raumverhältnissen ist die schwerste gegen seitige Behinderung der Patienten einfach unvermeidlich.

Im Zittauer Krankenhaus ist der Raum mangel so katastrophal, daß manchmal

### Kinder mit Infektionskrankheiten zu zweit und zu dritt in einem Bett

untergebracht werden müssen.

Was haben solche Unbegreiflichkeiten noch mit moderner Medizin und Hygiene zu tun? Das ist wirklich schon wieder nach mittelalterliche Hilfslosigkeit — aber ohne Zwang!

Auch im Karlsbader Krankenhaus quält der gleiche Unbestand. Die Krankenzimmer sind so hoffnungslos überfüllt, daß die Aufwärtinnen gar nicht die Möglichkeit haben, die Zimmer gründlich zu säubern.

Hier werden die Kranken vorzeitig entlassen, um Platz für andere Hilfesuchende zu schaffen. Die Entlassenen aber, noch längst nicht auskuriert, sind der Gefahr ausgesetzt, als derart gewaltigam „Gesundgeschriebene“ die schwerwiegendsten Rückschläge zu erleben.

Im Duxer Krankenhaus spotten die Raum-Verhältnisse jeder Beschreibung. Die interne Abteilung des Krankenhauses — man beachte die Größe des Bezirks-Dux-Bitin — hat nur 36 Betten für Männer und 39 Betten für Frauen, so daß

### ein großer Teil der Kranken in einer Holzbarade

unbeschreiblich primitiv untergebracht werden muß. Diese Barade ist niedrig, schmutzig und starrt von Ungeziefer.

In der chirurgischen Abteilung herrscht die gleiche skandalöse Raum-Not. Ist müssen Krankentransporte umkehren, weil, trotz dringender Spitalsbedürftigkeit der Erkrankten, einfach kein Platz zu beschaffen ist!

Auch das Krankenhaus in Egger ist gefährlich überbelegt. Normalerweise ist Raum für 270 Betten vorhanden, im November 1933 beherbergte das Haus 379 Pflegekranke.

Das Krankenhaus in Kirdorf (Bezirk Schludena) ist ebenfalls räumlich unzulänglich. Daneben hat es jedoch noch eine andere betrübliche Spezialität: Es ist

### ein Krankenhaus ohne Wasserleitung und ohne Operationsraum.

Also wirklich eine Art medizinischer Abnormalität!

In Komotau ist der Platzmangel zeitweise außerordentlich groß; hier kommt es bei schweren Erkrankungen zu erheblichen Schwierigkeiten. Die Infektionsabteilung ist häufig überfüllt.

Im Allgemeinen öffentlichen Krankenhaus in Böhmischem Brunn ist die Raum-Not so schlimm, daß die Zimmer fast stets bis zu 200 Prozent überbelegt sind! Die Kranken schlafen nicht nur zu zweit in einem Bett, sondern müssen

### auch — im Keller untergebracht

werden. Eine wahrhaft ideale Lagerstätte für einen Schwerverkranken!

So ist es nicht selten, daß der im Keller hausende „Pflegling“ eine Infektionskrankheit erwirbt, anstatt zu gesundem

werden.

## Tagesneuigkeiten

### Auto von Personenzug zertrümmert.

**Königsgrätz, 21. Dezember.** Am 20. Dezember stieß um 14.04 Uhr auf einem ungeschützten Uebergang der Bezirksstraße bei Bamberg der Zug Nr. 3748, der von Rohits an der Hser kam, mit einem Lastauto der Firma Fr. Kumpoß, Appretur und Färberei in Usti nad Orlici zusammen. Das Auto wurde vollständig zertrümmert, der Chauffeur Franz Štucel wurde getötet, während der Führerunternehmer Franz Suben sich durch rechtzeitiges Abspringen vom Lastauto rettete. Die Passagiere des Personenzuges wurden von zwei Privatautomobilen nach Doubledy zu dem dortigen Zuganschluß gebracht, da die Beseitigung der unter der Lokomotive liegenden Trümmer des Autos längere Zeit in Anspruch nahm.

### Schiffstatastrophen.

**Malmö, 21. Dezember.** Der schwedische Dampfer „Castor“ aus Soelvedborg ist nach einem schweren Zusammenstoß mit dem Trawler „Kurd“ aus Hull in der Nordsee untergegangen. Sechs Mann der Besatzung wurden gerettet. Das Schicksal der übrigen sieben Mann ist unbekannt.

**Seattle, 21. Dezember.** Der kanadische Dampfer „Brinc George“ ist in den Gewässern von British Columbia auf Grund geraten. An Bord des Dampfers befinden sich bloß wenig Passagiere. Das Schiff sendet Funkprüche, in denen es um sofortige Hilfeleistung ansucht.

### Grönlandforscher Rasmussen gestorben.

**Kopenhagen, 21. Dezember.** Der berühmte Grönlandforscher Dr. Knud Rasmussen ist heute morgens hier gestorben.

Rasmussen wurde am 7. Juni 1879 in Aalobshafen in Nordgrönland geboren. Sein Vater Christian war Lehrer der Grönländischen Sprache, seine Mutter eine Eskimofrau. Der Sohn wandte sich bald der Beschäftigung mit der Polarregion zu und machte frühzeitig bereits mehrere Nordgrönlandexpeditionen mit. 1910 erreichte er im Kap-Hort-Distrikt die arktische Station Thule als Basis für wissenschaftliche Expeditionen. Von hier aus leitete er 1912 die erste Thule-Expedition, die bis zu Peary-Land führte. Die fünfte Thule-Expedition trat er 1921 an. Er hielt sich bis 1923 in Nordgrönland und im Norden der Hudson-Bai auf und blieb dann 15 volle Monate verschollen. Im August 1924 tauchte er, nachdem er bereits als verloren galt, im Kogebus-See wieder auf. Es war diese die größte Hundeschlittenreise in der Geschichte der arktischen Forschung. Rasmussen suchte die Urheimat der Eskimos. Seine Theorie war, daß alle Eskimos einer Ur rasse entstammen, die sich vom äußersten Asien über das nördlichste Amerika, Grönland und das Polarinseelreich ausbreitet hat. Seine Theorie wurde durch die Ergebnisse dieser Expedition vollaus bestätigt. Vom Jahre 1927 ab bereitete er eine neue Thule-Expedition vor. Als er im Sommer 1932 aus der Eisregion zurückkehrte, erklärte er als interessantestes Ergebnis seiner Forschungen, die Bestätigung der von dem Geographen Wegener aufgestellten Theorie, daß sich das arktische Festland in einer feststellbaren Bewegung nach Westen befinde. Nach seinen Messungen verschiebe es sich in jedem Jahre um etwa 20 Meter. Er veröffentlichte in verschiedenen Sprachen zahlreiche Fachwerke, war Ehrenmitglied geographischer Gesellschaften, wurde mehrfach mit Goldenen Medaillen ausgezeichnet und im Jahre 1925 mit der an der Kopenhagener Universität ganz seltenen Auszeichnung eines Doktors h. c. bedacht.

Das Bezirkskrankenhaus Ruffig leidet ebenfalls an Raum-Mangel. Spitalsbedürftige werden daher oft abgewiesen, unter Umständen selbst nach der dritten Vorsprache. Die Krankheit muß also warten lernen. Ob sie das wirklich tut —?

In Tachau gibt es weder eine Isolierungsabteilung für Lungenkranke noch eine für Infektionskranke. Diese Kranken werden in den allgemeinen Abteilungen untergebracht und gefährden so die übrigen Kranken in geradezu ungeheurer Weise!

Vom Krankenhaus Elbogen — das Krankenhaus eines Bezirks, der 42.000 Einwohner zählt — wurden im Jahre 1932 ca. 500 Kranke, davon ca.

### 100 Geschlechtskranke, abgewiesen,

da man nur auf diese rigorose Weise eine Infektionsgefahr beseitigen konnte! Isolierabteilungen kennt man hier nicht.

Das ist nur ein Auszug aus der Raum-Misere unserer Krankenhäuser. Trotz aufopfernder Arbeit der Einzelnen frisst hier die Zeitnot in gemeingefährlichster Weise am wertvollsten Besitz der Besitzlosen, an ihrer Gesundheit. Hier, trotz aller finanziellen Schwierigkeiten, Wandel zu schaffen, ist eine drängende Verpflichtung für alle sozial und fortschrittlich Gesinnten!

Corpus.

**Gleichbleibende Temperatur.** In den böhmischen Ländern und in der Westslowakei stieg die Temperatur Mittwoch bis auf plus 1 bis 2 Grad C.; in Böhmen, wo vielfach Schneefall einsetzte, sank sie meist auch in der letzten Nacht nicht unter den Gefrierpunkt. Der Panzer meldet 13, Pilsen 12, Mattau 8 und Pince 7 Zentimeter Neuschnee. Am Südostrand des Karpatengebietes der Republik kam es auch in der Mittwoch-Nacht bei heiterem Himmel noch zu strengen Frösten: Chust meldet -19, Lučenec -20, Rimarska Sobota -21 Grad Celsius. Von Nordosteuropa her dringt eine neue Kälte welle vor, die jedoch nur das Karpathengebiet des Staates erreichen dürfte, wo die Fröste voraussichtlich andauern werden. Im Westen der Republik dürfte sich die Temperatur nicht wesentlich ändern. — Die Temperatur in Prag betrug gestern um 8 Uhr: +0,7 Grad C., des Minimum der letzten Nacht betrug 0,6 Grad C. — Wahrscheinliches Wetter Freitag: Vorwiegend bewölkt und vielfach nebelig, stichweise Niederschlag, in den böhmischen Ländern bei Nordwestwind keine erhebliche Temperaturänderung; im Osten Andauern der mäßigen Fröste, Nord bis Nordostwind.

**Größere Bequemlichkeit auf der Eisenbahn.** Wir lesen in der „Prager Presse“: Die Eisenbahnverwaltung ist eifrig bestrebt, der scharfen Konkurrenz der Kraftwagen mit allen Mitteln zu begegnen. Dies kann sie in erster Reihe durch erhöhte Bequemlichkeit, auf welches Gebiet der Automobilismus ihr schwer zu folgen vermag. Die neuesten Eisenbahnwaggons der Staatsbahnen weisen in der dritten Klasse eine Reihe von Verbesserungen auf. Eine der am meisten willkommen gezeichneten Neuerungen wird wohl die Ausstattung mit Lederpolsterung sein, indes zwar bloß an der Rückenlehne, aber immerhin. Diese Lederpolsterung hat eine Breite von 20 Zentimetern, verläuft entlang der ganzen Rückenlehne und ist mit Koffhaor geflopt. Außerdem entholten die Abteile Tische und Aschenbecher. Die Toilette ist gleichfalls besser als früher ausgestattet.

**Leichtsinns verschuldet Autounfall.** Aus Olmütz wird gemeldet: Ein schweres Lastauto überfuhr am Donnerstag, den 21. ds., den Gemeindearbeiter Josef Wudec, der mit dem Begräumen des Schnees beschäftigt war, und stieß dann auf ein Motorrad auf, dessen zwei Insassen auf dem Motorrad entgegenkommendes Personenauto gebremst wurden. Der Gemeindearbeiter erlitt tödliche innere Verletzungen. Die Motorradfahrer, der 25jährige Schlosser Franz Schön, wurden ebenfalls schwer verletzt. Das Personenauto wurde beschädigt. Das Lastauto lenkte an Stelle des Chauffeurs der 25jährige Wötcher Franz Wibel aus Stadt Liebau, obwohl der Chauffeur Josef Jahn und der Autobesitzer A. Fodol neben ihm saßen. Alle drei wurden verhaftet.

**Die Stelle eines Bezirksschulinspektors für die Volks- und Bürgerschulen und die Kindergärten mit deutscher Unterrichtssprache im Schulbezirk Dux**

mit dem Amtssitze in Dux gelangt zur Befehung. Die ordnungsgemäß belegten Gesuche nimmt der Landesdirektor in Prag bis einschließlich 31. Jänner 1934 im Dienstwege entgegen.

**Einbruch in Karlsbad.** Mittwoch wurde in der Kanzlei der Walzenmühle Schmidt in Mich bei Karlsbad ein Einbruch verübt. Unbekannte Täter erbrachen die eiserne Kasse und entwendeten 10.000 Kr. In der gleichen Nacht wurden hier auch bei einem Kaufmann Kessel im Werte von 2000 Kr. gestohlen.

**Selbstmord — Selbstmordversuch.** Karlsbad berichtet: Am Baldbrande bei Dobnits wurde der Elektrotechniker Franz Kunz erhängt aufgefunden. Die Ursache des Selbstmordes dürfte in einem Herbenzusammenbruch zu suchen sein. — Heute nachmittags stieß sich der Musiker Paul Jaschke nach einem heftigen Wortwechsel mit seiner Braut ein Taschenmesser mit voller Wucht in die Brust. Bei seiner Einberufung im Spital erklärte er, daß er sich nach seiner Entlassung aus dem Krankenhause unter seiner Frau werfen werde. Als Motiv der Tat wird Eifersucht angenommen.

**Dicens' Sohn gestorben.** Der einzige noch lebende Sohn des großen englischen Romanchriftstellers Charles Dickens, Sir Henry Dickens, über dessen schweren Unfall wir berichteten, ist gestern in London im Alter von 85 Jahren gestorben.

**Der Brüsseler Skandal.** Der Unterdirektor im belgischen Arbeitsministerium Lejeune ist im Zusammenhang mit der großen Bestechungsaffäre, die um den Brüsseler Polizeipräsidenten herum ist, in Haft genommen worden. Lejeune hatte in amtlicher Eigenschaft die Vorschläge für Erbsenverleihungen in seinem Departement zu bearbeiten. Er wird beschuldigt, seit drei Jahren wertvolle Geschenke von dem ehemaligen Polizeikommissar, jetzigen Verhändler, Poulweels, angenommen zu haben. Als Gegenleistung bevorzugte er die Erbsenlandkandidaten, die ihm von Poulweels vorgeschlagen wurden.

**15jährige ermordet.** Am 20. Dezember wurde in Luzhmannsburg im Burgenlande die 15jährige Sidonie Reibel in der Nähe des Elternhauses schwer verletzt in einer Blutlache aufgefunden. Sie wurde ins väterliche Haus gebracht, wo sie trotz ärztlicher Hilfe in kurzer Zeit verschied. Es zeigte sich, daß es sich um einen Mord handle. Das Mädchen war durch einige Argtriebe in den Kopf verletzt worden. Außerdem wurden an ihrem Körper dreizehn Stichwunden festgestellt. Der Tat verdächtig ist die ehemalige Geliebte des Bräutigams des ermordeten Mädchens.

**Neuer Mord im Konzentrationslager.** Aus dem Konzentrationslager Brandenburg wird ein neuer Mord gemeldet. Die Arbeiterin Gertrud Bieler soll sich in ihrer Zelle erhängt haben; die Wahrheit ist, daß sie zu Tode geprügelt und dann aufgehängt worden ist. Tag und Stunde der Beisehung mußten streng geheim gehalten werden.

**Der Schienenautobus.** Wie aus Japlanec gemeldet wird, absolvierte der italienische Schienenautobus „Littorina“ mit Erfolg die Strecke Kralau-Japlanec. Er nahm seinen Weg über die Tatra. Die „Littorina“ legte den Weg um zwei Stunden früher zurück als ein normaler Schnellzug.

**Interparlamentarische Aktion zugunsten Torglers.** Im englischen Parlament hat ein Versuch, eine interparlamentarische Aktion zugunsten Torglers durchzuführen, starkes Echo gefunden. Mitglieder der verschiedenen Parteien erklärten ihre Bereitschaft zur Teilnahme. Im englischen Oberhaus ist eine Bewegung im Gange; mehrere Mitglieder des Oberhauses haben bereits einen Protest gegen die drohende Verurteilung Torglers unterschrieben.

## Vom Rundfunk

### Empfehlenswertes aus den Programmen.

Samstag:

Prag: 10.10 Schallplatten, 12.35 Mittagskonzert, 16.50 Rundfunk für erwachsene Jugend, 17.35 Tchechischer Konversationskurs für deutsche Hörer, 18.30 Deutsche Sendung; Weihnachtsfeier, 22.00 Letzte Nachrichten des Pressebüros — Brünn: 11.00 Vormittagskonzert, 18.25 Deutsche Sendung; Weihnachten in Freuden und Leid — Kaschau: 11.30 Eigenemussil, 17.30 Schallplatten — Pilsen: 17.15 Rationentheater für Kinder. — Wien: 16.00 Ein Weihnachtsmärchen, 19.00 Musik fürs Volk, 20.10 „Die Seimkehr“, Spiel von Andersgallen, 22.40 Barmusik. — Heilsberg: 17.30 Unterhaltungskonzert. — Berlin: 17.00 Sport- und Reiseabenteur.

# Rheinische Städte in furchtbarer Gefahr.

## Gisberge — Ueberschwemmung.

**Oberwesel, 21. Dezember.** Die Eiszerlegung unterhalb der Lorelei hat eine furchtbare Gefahr für die Rheinstädte zwischen St. Goar und Lorch heraufbeschworen. Heute Vormittag haben sich die Eismassen in Bewegung gesetzt und treiben langsam talwärts. Später kamen die Gisberge unterhalb Oberwesel wieder zum Stillstand und verursachten einen unheimlich schnellen Anstieg des Stauwassers. Innerhalb von zwei Stunden war die Flut um 6 Meter gestiegen und unaufhaltbar drangen die riesigen Wassermassen in die Rheinanlagen und setzten die Häuser am Rheinufer im Augenblick unter Wasser. Die Bürgermeister der betroffenen Städte haben höchste Alarmbereitschaft angeordnet. Aus allen

Dörfern wurden die Erwerbslosen und Mitglieder der Arbeitsdienstlager zusammengezogen, um an den am meisten gefährdeten Stellen eingreifen zu können. Viele Bewohner der Häuser am Rheinufer haben bereits die Möbel aus den Untergeschossen in Sicherheit gebracht. Die heute früh eingestiegenen beiden Eisbrecher sind nach kurzer Tätigkeit im Eise festgefahren. Die Eisdeke oberhalb der Lorelei beträgt 4 bis 5 Meter. Zur Zeit versucht ein schwerer Schleppdampfer, die Eisdeke zu brechen. Gegen 12 Uhr Mittag hatte das Stauwasser bei Oberwesel einen gewissen Stillstand erreicht, die Gefahr für die Stadt ist aber noch nicht beseitigt.

**Das Viehparadies.**

**Zum neuen Tierschutzgesetz des Dritten Reiches.**

Sie geben ein Gesetz heraus zum Schutz von Hase, Kanari und Maus. Verboten soll in Deutschland sein zu quälen Hase, Frosch und Schwein. Hand weg von Gottes Kreatur! Denn sie sind führend in Kultur.

In Deutschland schaffen sie ein Paradies dem Vieh.

Vor einiger Zeit erließen sie noch nicht Gesetze für das Vieh. Da kamen erst die Menschen dran. (Wenn Note man so nennen kann.) Hand weg von Gottes Kreatur? D nein, das war die andre Tote!

Im Dritten Reich sind Sie! Wir schützen nur das Vieh!

Mit R. L. wird nunmehr bedacht, wer eine Wanze folgernacht. Dagegen dörken Mus ist zu foltern Kote, Zud und Christ. Und wer am besten prügeln kann, der ist der treueste deutsche Mann.

In Reinkultur sehn Sie, das Paradies des Viehs.

Das Kindevieh das ist hochbeglückt, denn seine Zeit ist angedrückt. Man züchtet sogar Tiere, zum Beispiel die Kamphre. Sie stehen in besondrer Hut des Staates, und sie saugen Blut so lüppig wie noch nie. Im Paradies des Vieh'.

Andrea.

*\* R. L. ist eine in Deutschland gebrauchliche Abkürzung für „Konzentrationslager“.*

**Freiheit, die sie meinen.** Die „Evangelische Jugend“ ist von der Reichsregierung aufgelöst worden. In gleicher Zeit werden die Mitglieder der „Evangelischen Jugend“ in die Hitlerjugend übergeführt.

**Eine Hundertjährige.** In Tella Mexiko hat mehr als hundertjährig die Ausgebirgerin Marie Schröck, die von einer Bauernfamilie aus Badiskow bei Třebitz stammte.

**Die Fluglinie Genua-Südafrikanische Union** wird am 6. Feber 1934 eröffnet werden. Für den 2. April wurde der Rückflug aus Süd-Afrika nach Genua festgesetzt.

**Rühe am Südpol.** Rühe am Südpol, das ist kein Witz, sondern eine durchaus ernst zu nehmende Sache. Admiral Byrd, der amerikanische Polarforscher, hat vor acht Tagen mit seinem Schiff Neuseeland verlassen und die Fahrt in das Südpolargebiet angetreten. Um während der ganzen Dauer der Expedition frische Milch für die Teilnehmer zu haben, hat Byrd drei Neuseeländer Rühe mitgenommen.

**Ablenkungsmanöver des Herrn Goebbels**

Der deutsche Rundfunk meldete dieser Tage, in Saarbrücken habe vor einiger Zeit eine Sitzung stattgefunden, in der die Vertreter der SPD, die Verhaftung illegaler Truppen an der deutschen Grenze vorschlugen und eine bessere Organisierung des Grenzschutzes verlangte. Auch habe sich ein Mitglied des SPD-Parteivorstandes für die Propagierung des Krieges gegen das „neue Deutschland“ ausgesprochen.

Im Zusammenhang mit dieser Meldung, die erstmalig in einer bürgerlichen Zeitung Saarbrückens erschien, steht die vom Kopenhagener Blatt „Berlingske Tidende“ verbreitete Nachricht, daß die SPD einen Putsch vorbereite und den „Neuen Vorwärts“ in Deutschland in einer Millionenaufgabe verbreite.

Richtig an diesen Meldungen ist die über die Verbreitung illegaler Literatur. Die Organisation eines Putsches aber und die Kriegspionage der SPD gegen Deutschland sind Annemärchen, mit denen Herr Goebbels eine Psychose gegen die marxistischen Arbeiter erzeugen will. Es sollen durch diese Nachrichten auch die Massenverhaftungen gerechtfertigt werden, die in den letzten Tagen wiederum stattfanden.

**Mehr Kanonenfutter**

Das Berliner Aufführungsamt für Bevölkerungspolitik erklärt den ausstorbenden Familien Deutschlands folgendes: Am nicht das Schicksal aller ausstorbenden Völker zu teilen, die immer von vollreicher werdenden Nachbarsstaaten überannt wurden, müsse in letzter Stunde das deutsche Volk auf die ihm drohenden Gefahren aufmerksam gemacht werden. Erste und oberste Voraussetzung zur Bannung dieser Gefahren sei die Steigerung der Kinderzahl, d. h. man müsse wieder auf den Normalzustand zurückkehren, bei dem jede Familie mindestens vier Kinder habe. Dieser falcistische Wunsch gilt wohl als Befehl an die „gleichgeschalteten“ Väter und Mütter, eifriger als bisher für Kanonenfutter zu sorgen. Um die Sache schmackhafter zu machen, stellt das famose Aufführungsamt kinderreichen Familien möglichst hässliche Unterstellungen in Aussicht. Werden auch die zwei alten Junggesellen Röhm und Gille je vier Kinder zeugen?

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik**

**Verlängerung des Abkommens über die Regelung der Handelsbeziehungen mit Polen.** Am 6. Oktober 1933 wurde ein Abkommen über die Regelung der Handelsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Polen vereinbart, durch welches die beiden Vertragsparteien einander bis zur Vereinbarung eines neuen Handelsvertrages, längstens jedoch bis Ende November 1933, die Meistbegünstigung zusichern.

**Die Dalai-Lamas.**

**Die 13. Menschenwerdung Buddhas gestorben.**

Der jetzt gestorbene Dalai Lama, mit seinem vollen Namen Ngawang Lopsang Tupden Gyatso, hatte ein recht wechselvolles Schicksal hinter sich. Im Laufe seiner 40jährigen Regierungszeit mußte er zweimal fluchtartig das Land verlassen. Aber sein Ansehen war dennoch sehr groß, und der „immerle Beschützer“, wie man ihn nannte, wurde als eine Gottheit betrachtet.

Für uns Europäer ist der Dalai Lama der „Gott König“ eine recht mystische Persönlichkeit. Von den Tibetern wird er als ein Bodhisattwa, d. h. als jemand, der das Recht auf Nirwana erlangt hat, betrachtet, der aber wegen des Seelenheils seiner Mitgeschöpfe eingewilligt hat, wiedergeboren zu werden.

Da der Dalai Lama nicht heiraten darf, und so auch kein Thronerbe vorhanden sein kann, wird sein Nachfolger von den übrigen hohen Lamas — etwa 15—20 an der Zahl — darunter von dem

gläubigsten Prophezeiung es 17 Dalai Lamas geben werde. Im Jahre 1904 mußte der Großlama zum ersten Male sein Land verlassen und nach Urga flüchten. Die Streitigkeiten mit den Engländern, die zu dieser Flucht führten, begannen schon im Jahre 1885. Zu jener Zeit erhielt Colman Mackenzie, Staatssekretär in der Regierung von Bengalen, Chinas Einwilligung, eine Gesandtschaft nach Lhasa zu führen. Die Tibetener wollten aber die Gesandtschaft nicht in ihr Land hineinlassen. Acht Jahre lang dauerten die Streitigkeiten, bis dann im Jänner 1903 Lord Curzon den Vorschlag machte, eine Gesandtschaft mit bewaffneter Bedeckung nach Lhasa zu schicken. Aber auch diese Gesandtschaft konnte zuerst nicht bis zu Tibets Hauptstadt vordringen. Schließlich blieb der Militärexpedition nichts anderes übrig, als den Weg nach Lhasa mit den Waffen in der Hand zu erzwingen. Die Expedition, unter Führung von Hongkonghambro, erlitt sich auch den Weg nach Lhasa, und schließlich bis nach Lhasa.

Der Dalai Lama und seine Umgebung floh vor den einrückenden Engländern nach Urga, der Hauptstadt der Mongolei. Der chinesischen Regierung kam diese Flucht höchst willkommen. Sie ertlich eine Proklamation und erklärte den Dalai Lama für abgesetzt. Die Tibetener wollten sich diesem Diktat nicht fügen, und der dreizehnte Dalai Lama konnte nach kurzer Zeit wieder zurückkehren.

Im Jahre 1910 erfolgte die zweite Flucht. Diesmal flüchtete der „Gott König“ vor den Chinesen und nahm die englische Gastfreundschaft in Indien in Anspruch. Der Bischof Lord Minto lud ihn zu einem Besuch in Calcutta ein. Während des Empfangs des Dalai Lamas durch den Bischof zeigte der Unterstaatssekretär des auswärtigen Amtes, Jelf, den Ministern einige Sehenswürdigkeiten von Calcutta. U. a. wollte er sie auch in den Zoologischen Garten führen. Die Minister boten jedoch, diesen Besuch vorläufig zu unterlassen, „denn“ erklärten sie, „es wäre nicht passend, daß wir all die sonderbaren Tiere sehen, ehe „Se. Heiligkeit“ sie gesehen hat.“

Am 25. Feber desselben Jahres erfolgte zum zweiten Male die Absetzung des Dalai Lama durch die chinesische Regierung. Aber auch diesmal blieb die Proklamation wirkungslos. Allerdings mußte der „Gott König“ fast zwei Jahre außer Landes bleiben. Im Juni 1912 hatten aber die Chinesen fast jede Macht in Mittelasien verloren. Der Dalai Lama und seine Umgebung sahen den Zeitpunkt für die Rückkehr gekommen. Sie blieben erst



**Der Dalai Lama,** der im Alter von 60 Jahren in seiner Residenz Lhasa (Tibet) starb.

Propheten des Staates in Lhasa gewählt. Die Wahl erfolgt unter recht eigenartigen Umständen. Bevor „Se. Heiligkeit“ stirbt, oder wie es die Tibetener sagen, „sich in die himmlischen Gefilde zurückzieht“, teilt er seiner Umgebung mit, wo er wiedergeboren werden wird. Oft gibt er auch nähere Einzelheiten an, wo der Knabe, der künftige Dalai Lama gefunden werden soll.

Drei oder vier Jahre, nachdem der Dalai Lama „fortgegangen“ ist, bestimmt der Lhaschi Lama, oder wenn dieser unminoritätig ist, die andern hohen Lamas den Landstrich, wo der neue Dalai Lama gefunden werden wird. Er gibt sein Geburtsjahr, das seines Vaters und seiner Mutter an. Nun geht eine Abordnung in den bezeichneten Bezirk und stellt dort nähere Nachforschungen an. Für gewöhnlich weisen die Spuren auf drei oder vier Knaben. Die Namen dieser Kinder und die näheren Einzelheiten, werden dem Propheten und den übrigen Lamas mitgeteilt, die sich dann entscheiden müssen, wer der neue Dalai Lama sein soll. Dieser, ein drei bis vier Jahre alter Knabe muß an seinem Leibe einige Abzeichen haben, die ihn von den übrigen Sierblüchen unterscheiden. Solche sind u. a.: große Ohren, zwei fleischige Auswüchse an den Schulterblättern, ein Mal gleich einer Muschelschale auf einer seiner Handflächen. Auch der bisherige Dalai Lama besaß diese drei Kennzeichen.

Der Verstorbene wurde als dreijähriges Kind zum Herrscher auserkoren. Er wurde seiner Mutter fortgenommen und nach Lhasa gebracht. Seine Eltern sah er von nun an nur bei gelegentlichen Besuchen. Die Mutterstelle bei ihm hatte „der Herr der Schlafkammer“, ein würdiger alter Mann, inne. Als er, achtzehnjährig, die Regierungsgewalt übernommen hatte, mußte er, da er — seit hundert Jahren zum ersten Mal — ein persönliches Regime führte, mit großen Schwierigkeiten kämpfen. Die „Großen“ des Landes versuchten ihn durch Fäuderei umzubringen. Seine Getreuen behaupten sogar, daß man ihren Herrn vergiften wollte. Man wollte die Pillen, die er von seinem Hofarzt von Zeit zu Zeit verabreicht erhielt, die „seine Lebenskraft erneuern und seinen Körper leuchtend machen sollten“, vergiften. Die Intrigen gegen seine geheiligte Person gingen aber noch weiter. Das Oberhaupt des berühmten Klosters Ten-gye-ling hatte seinen religiösen Einfluß dazu benutzt, das Gerücht zu verbreiten, daß es nur dreizehn Lamas geben würde. Dies bedeutete so viel, daß der jetzige Dalai Lama, der dreizehnte, nicht wieder geboren werden könne, d. h. daß er selber keine echte Wiedergeburt sei. Die Tibetener ließen sich jedoch von diesen Gerüchten nicht irreführen, da nach einer alten und gut be-

stimmten Proklamation und erklärte den Dalai Lama für abgesetzt.

Die Tibetener wollten sich diesem Diktat nicht fügen, und der dreizehnte Dalai Lama konnte nach kurzer Zeit wieder zurückkehren.

Am 25. Feber desselben Jahres erfolgte zum zweiten Male die Absetzung des Dalai Lama durch die chinesische Regierung. Aber auch diesmal blieb die Proklamation wirkungslos.



**Panchen Lama,** der Begleiter des Verstorbenen, der zu dessen Nachfolger erklärt werden soll.

einige Zeit in Sam-ding, am Ufer des „Sees der oberen Weißepläne“ (Ham-drol-tso). Als sich dann die chinesischen Truppen in Lhasa ergaben, stand ihrer endgültigen Rückkehr nichts mehr entgegen. Die Lage in Tibet blieb aber trotz der Niederlage der Chinesen ziemlich militärisch.

Als jedoch der Weltkrieg ausbrach, entschloß sich der Dalai Lama sofort, trotz dieser militärischen Lage 1000 Soldaten der englischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Natürlich war diese Waffenhilfe nur eine Art symbolische Handlung.

Die darauf folgenden Jahre verbrachte Tibet und auch der Dalai Lama in ziemlicher Ruhe, bis im Jahre 1932 wegen der von der tibetanischen Regierung verhängten scharfen Einfuhrbeschränkungen, die den Handelsverkehr mit Indien fast lahmlegten, Unruhen ausbrachen, die zu der dritten Flucht des „Gott Königs“ führten. Nach einigen Wochen kehrte aber der Dalai Lama wieder zurück und berichtete bis zu seinem jetzt erfolgten Tode.

Illustration of a Christmas bell with the text 'FROHE WEIHNACHT' and 'SANA' in a circular logo. Below the bell is a plate of food and a small text box: 'Weihnachtskochen macht die Tränen. Diesem Spruche dürfte die trauernde Frau mit Sana wohlgehehrt!'.

**Zurück zu Gretchen!**

Da liegen sie vor mir: eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs Zeitschriften aus dem Dritten Reich. Darunter solche, die sich früher hypermodern, hyperästhetisch und hypermodern gebärden. Die „Tasche“, die „Elegante Welt“ usw.

Einer sagte kürzlich: Faschismus ist nicht Mittelalter. Modernste Technik im Dienst der Reaktion, Verbreitung barbarischer Ansichten durch Rundfunk, geschäftige Propaganda im american-styl für rückständigsten Atom, kultureller Niedergang, von äußerem Pomp verschleiert, von Paraden, Festen und künstlichem Lärm — Mittelalter plus 20. Jahrhundert — das ist Faschismus!

Ah denke an diese Worte, wenn ich in den Zeitschriften, dort vor mir auf dem Tisch, blättere. Noch immer ist die Aufmachung geschmacklos, die Photographien haben durchaus Niveau, man redet auch nicht dorb, sondern in gepflegtem Deutsch — man möchte sich doch nicht das Geschäft verderben, man möchte doch um Himmels willen im Ausland nicht verboten werden — aber auf die Ideologie kommt es an, und die ist fürchterlich.

Zurück zu Gretchen! Das ist das ungeführte Gesetz für die verantwortlichen Redakteure dieser gleichgealterten Zeitschriften. Man sieht u. a. eine ganze Seite Frisuren. Eine junge Schöne aus dem Dritten Reich, die sich früher ebenso treu den süßlichen Konfektionsherren vom Berliner Hausvogteiplatz diente, hat Modell gestanden. „Der Defregger-Pops, die liebste, neueste Frisur unserer jungen Frauenwelt“ lautet die Unterschrift. Der: „Weiche Locken umgeben diesen sonnen Waddentopf.“ Kein Bild, das nicht mehr oder minder verschämt Pops und Locken anpreist, „da nun einmal“, so heißt es im Text, „der Zug zum Weißlich Schlichten-Engenungsollen bei der neuzeitlichen Frauengeneration am stärksten ausgeprägt ist“.

Bilder und Text arbeiten einander prompt in die Hände. Viel Schmutz, viel Halten, viel kompliziertes Drum und Dran und über allem Wandelgeruch — so will es die Herrschaft der Barbaren, die in der Frau — im wahren Sinn des Wortes nur ein Mittel zum Zweck sieht. Und dieser Zweck heißt: Zuchtstier sein.

Es gab einmal eine junge Weimarer Republik. Und es gab eine Frauengeneration darin, stolz und entschlossen. Sie trug kurze Röcke und kurzes Haar, sie ließ die Gretchen-Ideologie mitsamt dem Pops, den Halten und dem komplizierten Drum und Dran zu Haus. Sie arbeitete, sie dachte und handelte selbstständig. Sie bekam auch Kinder ohne Tränen, wenn sie es wollte, und sie bekam keine — wenn sie es nicht wollte. Die tägliche Arbeit war ihr kein Zwang, sondern Freude und inneres Bedürfnis. Diese Frauen und Mädchen waren ihren Männern und Freunden gute Kameraden, und sie waren auch gute Mütter, ohne daß man viel Lärm davon machte. Denn das war selbstverständlich.

Die Weimarer Republik ist gestorben. Und was im Dritten Reich an der Frau und ihrer Entwicklung geändert wird, das zeigen vielleicht besser als alle Grenzmarken, alle Schilderungen, die von drüben kommen, die repräsentativen Modezeitschriften des falcistischen Staates. Wer solche Köpfe und solche komplizierte Kleidung trägt — den kann man sich nicht mehr bei Sport und Arbeit vorstellen. Mode ist immer mehr gewesen als die Angelegenheit phantasiervoller Schneider. Mode war stets Stoff- und formgewordene Tendenz. In der Mode des Dritten Reichs — die auf so angenehme Weise dargestellt wird — drückt sich der wahre Wille der Machthaber aus: der Wille, die Frau zu entgeistigen, in ihrer desolaten Entwicklung zu hemmen und auf jenes Niveau herabzudrücken, das man braucht, wenn man seine selbständigen Menschen, sondern — eben — Zuchtstiere haben will. Arme, deutsche Frau!



# PRAGER ZEITUNG.

## Gerichtssaal

### Gäurer am Volant.

Begriffswertige Strenge gegen betrunkenen Autofahrer.

Prag, 21. Dezember. Die Unfallgefahr im Straßenverkehr der modernen Städte weist mit der zunehmenden Motorisierung der Verkehrsmittel eine beachtliche Zunahme der Verletzungen auf. Es versteht sich von selbst, daß man vom Lenker eines Motorfahrzeuges, der ja doch eine große Verantwortung zu tragen hat, zum mindesten klare Sinne verlangen muß. Deshalb ist es durchaus zu begrüßen, wenn die Strafgerichte über nachweisbar betrunkenen Chauffeurs, die einen Unfall verursachen, scharfe Strafen verhängen und ihnen insbesondere auch die Befähigung der bedingten Verurteilung verweigern. Ein solcher Fall stand heute wieder einmal vor dem Senat Kristufel zur Verhandlung.

Am 28. März hat der Chauffeur Josef Chotál, aus einer Seitenstraße auf die Smíchovská Straße unermittelt herausrasend, einen Radfahrer namens Trojer über den Haufen gerannt. Trojer kam zum Glück mit dem Leben davon, erlitt aber wohl einer schweren Querschnittslähmung. Nach dem Unfall suchte der gewissenlose Autofahrer zu entkommen, wurde aber durch die empörten Passanten aufgehalten und der Polizei übergeben. Beim ersten Verhör gab er selbst den vorausgesetzten Grund von acht Bierern zu. Bei der heutigen Verhandlung spielte er freilich den Unschuldigen und redete sich darauf aus, daß sein Wagen „ins Weizen gekommen“ sei.

Da ihn aber sämtliche Zeugen aufs Überzeugendste widerlegten, wurde er der fahrlässigen schweren Körperverletzung schuldig erkannt und zu fünf Monaten strenger Arrest, und zwar unbedingt verurteilt.

Er hat sich selbst um seine Erlösung gebracht.

### Aussetzung aus der Arbeit ist noch nicht Entlassung.

Eine wichtige Entscheidung des Prager Kreisgerichts als letzter Instanz in einem Prozeß vor dem Arbeitsgericht.

Prag, 21. Dezember. Eine für Arbeitnehmer außerordentlich wichtige grundsätzliche Entscheidung hat dieser Tage das hiesige Bezirksgericht als zweite und letzte Instanz in einem vor dem hiesigen Arbeitsgericht verhandelten Prozeß gefällt. Die Zikloper Elektrizitätsfirma Franz Wein hatte am 13. Jänner d. J. mehrere Arbeiter außer Arbeit gesetzt. Die Betroffenen wurden also arbeitslos und bezogen die Unschuldigkeitszahlung. Am 31. d. J. erhielten sie von der Firma die formelle Kündigung zugeleitet.

Einem der betroffenen Arbeiter, der seit dem Jahre 1918 bei der Firma beschäftigt gewesen war, brachte beim hiesigen Arbeitsgericht eine Klage gegen die Firma ein, durch die er die Anerkennung des ihm gebührenden siebenjährigen Urlaubes, bzw. dessen gesetzlich statulierte geldliche Abfindung begehrte. Das Arbeitsgericht wies die Klage ab mit der Begründung, daß durch die Aussetzung des Klägers aus der Arbeit im Jänner 1933 das Dienstverhältnis mit diesem Termin als gelöst angesehen werden müsse und dieser somit keinen Anspruch auf den, ihm sonst gebührenden, siebenjährigen Urlaub habe. Das Gericht erkannte jedoch gleichzeitig der Streitfrage prinzipielle Bedeutung zu und sprach daher die Zulässigkeit der Berufung an das Kreisgericht aus, die sonst bei Bagatelldingen nicht zulässig ist.

Das hiesige Kreis- als Arbeitsvertragsgericht hat nun in dieser Sache eine höchst bemerkenswerte Entscheidung gefällt, indem es das erste Urteil wegen mangelhafter Rechtsauslegung aufhob und zu neuerlicher Verhandlung an die erste Instanz zurückverwies. Dieses Urteil trägt das Zeichen OPr 577/33 vom 12. Oktober 1933. In der Begründung ist ausgesprochen, daß die Außerarbeitssetzung eines Arbeitnehmers noch nicht die Auflösung des Dienstverhältnisses bedeute. Dieser Zustand bedeute vielmehr nur so viel, daß der Arbeitgeber für eine gewisse Zeit vorläufig nicht mehr auf die Dienste des Arbeitnehmers reflektiere, in welcher Zeit dieser andererseits keinen Anspruch auf Lohn habe. Keineswegs aber sei die Aussetzung aus der Arbeit der formellen Entlassung gleichzusetzen, sonst hätte ja die Unterscheidung zwischen diesen beiden Rechtsbegriffen keinen Sinn. Da die Firma erst im Juni die Entlassung ausgesprochen habe, stand der Kläger zweifellos zum 1. Mai noch im, wenn auch ruhenden, Dienstverhältnis. Da dieser Tag aber zur Beurteilung des Urlaubsanspruches im laufenden Jahre maßgebend ist und dieses zu diesem Termine gesetzlich noch nicht beendet war, sei die Rechtsansicht der ersten Instanz als irrig anzusehen, weshalb die Sache zur neuerlichen Verhandlung zurückverwiesen werde. Ueber das Erdurteil in dieser interessanten Sache werden wir berichten.

## Kunst und Wissen

### Pünktchen und Anton.

Die Rätzer-Gemeinde ist auch in Prag sehr groß. Große und Kleine lesen mit Freude und Gewinn die prächtigen Kinderbücher des Dichters, von denen „Pünktchen und Anton“ zwar nicht das wunderbarste — das bleibt „Emil und die Detektive“ — aber das sozial erzieherischste ist. Freilich ist der Inhalt dieses Kinderromans nur von Erwachsenen beim ersten Lesen zu erfassen — soweit er eben nicht

bloße Handlung, sondern der Vermittler stiller Werte ist. Dies ist kein Mangel, denn die Kinder lesen ihn, um der spannenden Handlung willen, drei-, vier- und fünfmal mit gleicher Freude und Andacht und so prägen sich ihnen auch die Erkenntnisse ein, die die beiden kleinen Helden der Handlung von dieser ungerecht und schlecht geordneten Welt gewinnen.

Das gesprochene Wort verklingt; der Ablauf auf der Bühne läßt den Köpfchen der Kleinen nicht Zeit zum Nachdenken und Erfassen des Gehörten und so geht manche Mäßigkeit verloren, die die jungen Rätzerfreunde beim wiederholten Lesen entdecken. Das ist der Mangel, der der Dramatisierung des Werkes anhaftet und nicht die stürmische Freude aufkommen läßt, die sonst das Theater bei Kinderdarstellungen erfüllt. Ist also der dramatisierte Rätzer für die Kleinen? Nein! Denn die Art, in der ihn das Prager Deutsche Theater bietet, regt sie — und hoffentlich auch die Großen! — an, sich Freund Rätzer gedanklich aufs Neue vorzunehmen; sie belebt die Phantasie und bleibt der Kindermelie eine schöne Erinnerung, mit der, den Kindern noch unbewußt, die Freude am Theater als Vermittler guter Stimmung verknüpft ist.

Die Erstaufführung fand am Mittwoch vor ausverkauftem Hause statt. Im Mittelpunkt der Aufführung standen die beiden Kinder Hella Serbi, Wien (Pünktchen) und Peter Schulhoff (Anton). Daß es dieser kleine Anton schwerer hatte, sich neben dem als Schauspielerin fast vollkommenen Pünktchen zu behaupten, ist auch auf die Stricke zurückzuführen, die Antons Leben und besonders die Beziehungen zu seiner Mutter in den Hintergrund treten lassen. Man sieht in dieser Fassung zu sehr die Welt der Reden auf der Bühne und erfährt von dem traurigen Lose Antons das meiste nur durch den Mund der Kinder. Das schöne Kostüm „Frau Gast erlebte eine Enttäuschung“ des sonst genau übernommenen Buchinhaltes hätte nicht wegleiben dürfen. — Den künftigen kleinen Akteuren sollte der kleine Swatek sehr glaubhaft dar. Neben den drei Kindern hat das größte Verdienst an der Aufführung Herr Padlesal, der als erklärender „Herr Freigefänger“ starken Kontakt mit den Kleinen zu hören fand. Neben ihm hat vor allem Herr Burger zu nennen, der das Stück inszenierte, wunderbare Bühnenbilder fand und die schwierige Aufgabe treulich löste, die verwinkelte Handlung in dem der ungedulden Spannung der Kinder angemessenen Tempo ablaufen zu lassen. Mit Freude und sich in die Welt der Kinder prächtig einfügend, spielten mit die Damen Behrens, Wernholts, Tilden und Vertam und die Herren Hölzl, Jantsch, Padlesal, Demel und Reiter.

Weihnachtsblöck für das Neue Theater und die Kleine Bühne, gültig vom 25. Dezember 1933 bis 31. Jänner 1934. Ermäßigung 15 Prozent. Anzahlung für acht Anweisungen nur 80, 40, und 24 Kr.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag, 6 1/2 Uhr: „Pünktchen und Anton.“ (D 2.) — Montag, 2 1/2 Uhr: „Pünktchen und Anton.“ 7 1/2 Uhr: Erstaufführung: „Zwei Herzen im Dreivierteltakt.“ — Dienstag, 11 Uhr vorm.: „Pünktchen und Anton.“ 2 1/2 Uhr: „Vallin Savon.“ 7 1/2 Uhr: Ensemblestück: „Darius, Bassermann, Deutsch, Wolff.“ „Don Carlos.“ (Abonn. ausgeh.)

Wochenplan der Kleinen Bühne. Freitag, 8 Uhr: „Illustrierte Zeitung.“ Kulturverbandsfreunde (!). — Montag, 3 Uhr: „Allez hop!“ 7 1/2 Uhr: Erstaufführung: „Die Regiments-töchter.“ — Dienstag, 3 Uhr: „Der Garten Eden.“ 7 1/2 Uhr: Erstaufführung: „Die schönsten Ehe.“

## Literatur

Buchdruckerkalender 1934. Die Deutsche graphische Bildungsvereinsung hat auch für das nächste Jahr einen Taschenkalender herausgegeben, der alle Vorzüge dieses Kalenders aus den früheren Jahren wieder aufweist. Es ist selbstverständlich, daß ein Buchdruckerkalender technisch und ästhetisch erstklassig ausgestattet ist, es wird da wirklich eine bedeutende Leistung des graphischen Gewerbes gezeigt. Aber auch inhaltlich ist der Kalender auf der Höhe. Sowohl im gewerkschaftlichen als auch in berufstechnischen Fragen findet der Buchdrucker darin reichlich Aufklärung, so daß ihm der Kalender ein treuer und zweckmäßiger Ratgeber wird.

## Der Vertrauensmann

### Monatschrift für Arbeiterpolitik und Arbeiterkultur.

Die „Tribüne“ unterrichtet den sozialistischen Vertrauensmann über die aktuellen Probleme des internationalen Sozialismus, der Ökonomie und der Kulturpolitik. Jahresbeitrag 40 Kč, vierteljährlich 10 Kč, Einzelhefte 4 Kč. Bestellungen durch den Vertrauensmann, die Schriftenabteilung, Volksbuchhandlung oder direkt durch die Verwaltung in Prag II, Nekazanka 18.

## MIZZI JAHN

### und WILLI WANKA

zeigen ihre am 23. Dezember in Prag stattfindende TRAUUNG an.

STATT KARTEN.

## Wran-Urania-Kino

An heiligen Wassern

(Der Sieg der Liebe.) Mit Karin Hardt, Winterstein, Schlettow, Balhaus, Theodor Loos u. a.

## Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

## Photographieren im Dunkeln

G. Widi.

Photographie hat man die Lichtbildkunst genannt. Kann man ohne Licht photographieren? — Wir wissen: es handelt sich um einen chemischen Vorgang, eine Zersetzung von Silberverbindungen, bewirkt durch die strahlende Energie des Lichtes. Die Bromsilber-schicht, mit der Platten oder Filme überzogen sind, wird im Dunkeln, oder bei rotem Licht hergestellt, aus Natriumcyanid, einem Bromsalz und Gelatine. Bei der Aufnahme wird ein Bild auf dieser Schicht entworfen, für den Bruchteil einer Sekunde vielleicht nur. Das Licht hat bewirkt, daß Silber sich abgeschieden hat: das Bild ist festgehalten. Das Licht hat einen chemischen Vorgang ausgelöst.

Was ist Licht? Wir nennen alles das „Licht“, was wir mit unseren Augen wahrnehmen. Unser Sehvermögen kann uns nämlich gar keine andere Empfindung vermitteln, als die von Licht, von rot, blauem, gelbem, taufend-färbig verschiedenfarbigem Licht. Aber sonst nichts. Auch keinen Schmerz. Jede Reizung des Sehorgans, welcher Art immer, empfinden wir als Licht. Im dunklen Raum ein Stoch gegen das Auge: wir glauben einen grellen Blitz aufjucken zu sehen, feurige Augen, bunte Kreise. Aber es war gar kein Licht, das ihn gereizt hat. Und die Empfindung kommt im Gehirn zustande, nicht einmal in unserem Auge. Und was wir „Licht“ nennen ist also garnicht ein Ding außer uns, es ist eine Wahrnehmung in unserem Gehirn, nichts sonst. Wie das Wahrgenommene an sich beschaffen sein mag, wir wissen es nicht. Und doch, wir wissen viel: wir wissen, daß

sind Wellen, längere Wellen und kürzere und ganz kurze. Und die sind die Ursache unserer verschiedenen Empfindungen, die wir rot und gelb und blau nennen. Denken wir uns die Farbensüßle eines Frühlingstages, die Farbenorgie, in der das Auge schwelgt vor einem sommerlichen Blumenbeet: Nichts als Wellen, verschieden lange Wellen. In „Wirklichkeit“ gibt es keine Farben, die sind nichts, als unser subjektives Empfinden. Aber es gibt bekanntlich Wellen, die sind so groß oder so klein, daß wir sie mit unseren Augen nicht mehr sehen können. Für etwas größere als die größten sichtbaren haben wir ein zweites Sinnesorgan, den Wärmefinn der Haut. Niemand siele es wohl ein, Farben- und Wärmempfinden zu vergleichen, so verschiedenartig sind beide Wahrnehmungen. Die Reizursachen sind gleichartig. Wir fühlen die strahlende Wärme der Sonne und pflegen nicht daran zu denken, daß es nicht „Wärme“ ist, was die Sonne uns sendet, denn das ist eben wieder nur eine Bezeichnung für unser subjektives Empfinden, sondern Wellen, völlig entsprechend den Lichtwellen. So hat unser Weltbild mit der „Wirklichkeit“ nicht viel gemeinsam. Was unsere Sinne uns zeigen, ist nur ein Ausschnitt, nicht mehr. Sie antworten auf äußere Reize. Aber die Zahl unserer Sinnesorgane, das Gebiet unserer Sinneswahrnehmungen ist beschränkt und es „gibt mehr Dinge zwischen Himmel und Erde, als sich unsere Schaulust träumen läßt.“ Unfaßbar, überkönnlich ist, was unsere Sinne nicht mehr erfassen können, was wofür wir kein Organ besitzen. Und doch ist unser Wissen über das sinnlich nicht Wahrnehmbare heute schon recht groß. Wir sind im Stande, Wellen zu erzeugen, die wir nicht mehr unmittelbar mit unseren

Sinnesorganen wahrnehmen, wohl aber durch Apparate nachweisen, ja selbst messen können. Stimmen dringen durch den weiten Raum zu uns, Raum und Zeit sind überbrückt durch sinnreiche Apparate, die wahrnehmbar machen, was unseren Sinnen verschlossen war, indem sie das „Unhebersinnliche“ umsetzen in sinnlich Wahrnehmbares. Radiowellen sind nicht wesentlich anders beschaffen, als Licht und Wärmewellen. Sie sind nur viel größer. Die für das Auge wahrnehmbaren Wellen haben eine Länge von 400 Millionstel bis 760 Millionstel Millimeter. Die größten erzeugen uns die Empfindung „Rot“, die kleinsten die Empfindung „Violett“. Der ganze Regenbogen liegt dazwischen. Die Radiowellen sind mehrere hundert bis tausend Meter lang. Ueber das ganze große Gebiet zwischen ihnen und den Lichtwellen wissen wir noch recht wenig. Wellen, die etwas größer sind, als die größten sichtbaren roten Wellen, Wärmewellen also, werden als infrarot bezeichnet. Jene Lichtwellen, die sich an die kleinsten sichtbaren violetten anschließen, werden bekanntlich als ultraviolett bezeichnet. Noch kleinerer sind die Röntgenstrahlen, bestimmte Strahlen gewisser radioaktiver Elemente, und endlich die noch geheimnisvolle Höhenstrahlung.

Ran spricht von ultravioletem Licht, obwohl dieses „Licht“ für unsere Augen keines mehr ist. Wohl aber gibt es Tiere, und zwar Insekten, die diese Strahlen noch empfinden. Ob sie sie „sehen“, ob sie sie fühlen? Wir wissen es nicht. Jedenfalls reagieren sie auf diese Strahlen, für die wir Menschen kein Organ mehr haben. Lange bekannt ist die besonders intensive photochemische Wirkung der ultravioletten Strahlen, ihre starke Wirkung auf photographische Platten. Aber auch die infraroten

Strahlen können starke photochemische Wirkungen auslösen. Das war früher wenig bekannt. Pflanzt man doch Filme und Platten selbst schon im sichtbaren roten Licht der Dunkelkammer zu behandeln. Man hat nun gefunden, daß es mit Hilfe bestimmter chemischer Stoffe gelingt, photographische Platten für infrarotes Licht zu sensibilisieren. Ja, sie werden dabei so empfindlich für infrarote, also Wärmestrahlung, daß sie mit Eis gefühlt werden müssen, sollen nicht vorzeitig chemische Veränderungen in der lichtempfindlichen Bromsilberschicht stattfinden. Es gelingt nun mit Hilfe solcher rottempfindlich gemachter Platten in einem, für das Auge völlig dunklen Raum zu photographieren. Dazu braucht man Lichtbilder, die von den Strahlen einer Lichtquelle alle, mit Ausnahme der infraroten, absorbieren, also ausschließlich Wärmestrahlung durchtreten lassen.

Man erhofft für Wissenschaft und Praxis viel Erfolge von dieser Photographie im infraroten Licht. Die Astronomen werden im Dunkelsternleuchtende Sterne, die auf den gewöhnlichen Platten kein Bild ergaben, photographieren können. Man erhofft Klärung offener Phänomene, Erfolge in der Physiologie, ebenso wie in der Kriminalistik und in der Kinoindustrie. Das Durchdringungsvermögen der infraroten Strahlen ist so groß, daß man durch geschlossene Briefkästen hindurch photographieren kann, und daß es möglich ist, eine autoradierte Schrift wieder sichtbar zu machen. Endlich versprechen sich die Photographen viel Erfolge durch das Photographieren mit Wärmestrahlung, da es gelingt, mit Infrarotplatten klare Landschaftsaufnahmen selbst bei Nebel und Regenerweiter zu machen.